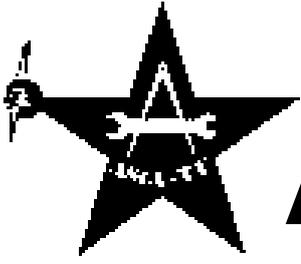


INFORMATIONEN FÜR ALLE MITGLIEDER DER TU-BERLIN



AStA *Info* 25



ALLGEMEINER STUDIERENDENAUSSCHUSS
AN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

NUMMER 25
OKTOBER 2013



INFORMATION
FREEDOM
RULES

Was ist der AStA?

Zusammen mit deiner Immatrikulation bist du auch Mitglied in der Verfassten Studierendenschaft geworden. Du bekommst diese Mitgliedschaft, die im Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) verankert ist, z.B. dadurch zu spüren, dass du von nun an bis zum Ende deines Studiums nicht nur 41,20 Euro pro Semester an das Studentenwerk abdrücken musst (das Studentenwerk ist für die Mensen, Wohnheime, Cafeterien, Kindertagesstätten etc. zuständig), sowie 50 Euro TU-Verwaltungsgebühren, die eigentlich Studiengebühren sind aber nicht so heißen, 176 Euro für das Semesterticket und 3,50 Euro für den Sozialfonds (Studierende, die es nicht so dicke haben, können vom Sozialfonds einen Zuschuss zum Semesterticket beantragen), sondern auch noch 8,70 Euro an die Verfasste Studierendenschaft, konkret den AStA (zur Zusammensetzung des Beitrags: asta.tu-berlin.de/beitrag).

Der AStA ist die politische Interessenvertretung der Studierenden. Laut Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) nimmt der AStA auch ein allgemeinpolitisches Mandat wahr. Besonders wichtige Aspekte sind dabei: Die Mitwirkung bei der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studierenden. Die Förderung der politischen Bildung der Studierenden im Bewusstsein der Verantwortung für die Gesellschaft. Die Unterstützung kultureller und sportlicher Interessen der Studierenden. Die Pflege der Verbindung mit Studierendenorganisationen und Studierendenschaften anderer Hochschulen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind die 8,70 Euro pro Studierenden und Semester gedacht.

Der AStA wird vom Studierendenparlament (StuPa) gewählt. Das StuPa wird seinerseits von den Studierenden gewählt. An der TU werden jeweils gegen Ende des Sommersemesters StuPa-Wahlen durchgeführt, an denen alle Studierenden aktiv und passiv teilnehmen können. Die wichtigsten Aufgaben des StuPa sind, den AStA zu wählen sowie den Haushalt (also die Summe dessen, was durch die vielen Semesterbeiträge zusammen kommt) zu beraten und zu beschließen. Daneben gibt das StuPa aber auch z.B. Verhandlungsaufträge an das Semtix-Team für deren Verhandlungen mit dem VBB heraus, beschließt über Urabstimmungen und Resolutionen.

Der AStA wird von den verschiedenen Fachbereichs-Initiativen sowie von anderen Studi-Gruppen wie z.B. der „Linken Liste“ oder den „Langzeitstudis“ unterstützt.

Der AStA besteht derzeit aus 12 Referaten: Bildungspolitik, Finanzen, Hochschulpolitik, Initiativen-Koordination, Kultur- und Gesellschaftskritik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Sozialpolitik, Umwelt, Wissenschafts- und Technikkritik, AusländerInnen, Frauen* sowie dem Lesben/ Schwule/ Bi- und Transsexuelle - kurz „Queerreferat“-, wobei die drei letztgenannten autonome Referate sind. Ein autonomes Referat bedeutet in erster Linie, dass der/ die ReferentIn von der jeweiligen Vollversammlung (z.B. AusländerInnen-VV) gewählt wird, und nicht vom StuPa direkt, wie die anderen AStA-ReferentInnen. Das StuPa muss diese Wahl dann nur noch bestätigen.

Der AStA besteht jedoch nicht nur aus den gewählten ReferentInnen, sondern auch aus einer Vielzahl anderer Menschen, die im AStA arbeiten. Einige werden für diese Arbeit bezahlt (Bürodienst, FinanzsachbearbeiterInnen und die Menschen in den Beratungen). Wenn du mehr wissen willst, komm einfach in den AStA-Räumen im TK-Gebäude vorbei.

twitter.com/astatu | [flickr.com/astatu](https://www.flickr.com/photos/astatu/) | astatu.blogspot.de
[youtube.com/astatuberlin](https://www.youtube.com/channel/UCastatuberlin) | [facebook.com/astatuberlin](https://www.facebook.com/astatuberlin)

asta.tu-berlin.de

Liebe Erstsemester!

Im Laufe eures Studiums werdet ihr vermutlich immer wieder auf Hürden treffen, die euer Studium und Leben behindern: gescheiterte Prüfung, abgewiesene Bafög-Anträge, juristische Schwierigkeiten... Für solche Fälle bieten wir ein breites Beratungsangebot an. Zu den jeweiligen Öffnungszeiten könnt ihr euch dort einfach kostenlos beraten lassen. Falls ihr nicht genau wisst, zu welcher Beratung euer Problem passt, oder ihr allgemeine Fragen zur Uni habt, hilft euch das AStA-Büro gerne weiter.

Desweiteren gibt es die Möglichkeit, aufgrund geringen Einkommens bei der **Finanzierung des Semesterticket** unterstützt zu werden. Dafür müsst ihr bis 31. Oktober einen Antrag auf Zuschuss beim Semesterticketbüro stellen.

Mit allem, was euren jeweiligen Studiengang betrifft, wendet ihr euch am besten an die jeweilige **studentische Initiative**. Diese Initiativen sind Zusammenschlüsse von Studierenden des jeweiligen Studiengangs. Sie engagieren sich zum einen meist politisch in den verschiedenen Universitätsgremien und zum anderen versuchen sie, ihren Kommiliton*innen Hilfestellung im Studienalltag zu geben. Eure Erstsemestereinführung zum Beispiel wird in der Regel durch die jeweiligen studentischen Initiativen organisiert. Dies lebt natürlich auch davon, dass sich immer wieder neue Studis in den Initiativen einbringen. Also guckt ihr am besten mal vorbei, informiert euch und lernt neue Leute kennen. Auf unserer Seite findet ihr eine Liste aller studentischen Initiativen an der TU. Außerdem sind dort auch Studiengangsübergreifende Hochschulgruppen sowie studentische Cafés aufgelistet.

Vielleicht steht ihr ja auch gerade vor dem Problem der Wohnungssuche... In den letzten Jahren sind die **Mieten in Berlin** immer weiter gestiegen. Wohnheimplätze gibt es viel zu wenige und Ausschreiber*innen von WG-Zimmern können sich vor Anfragen kaum retten. Wir haben euch eine Übersicht zusammengestellt, die sich mit dem Thema befasst und ein paar Links zu Internetportalen mit WG- und Wohnungsangeboten enthält. <http://asta.tu-berlin.de/leben/wohnen>

Oder wollt ihr mehr machen als durch WG-Castings und Wohnungsbesichtigungen hüpfen, vielleicht eure Mietsteigerungen nicht einfach so schlucken? Ihr wollt auch politisch etwas bewegen? Dann schaut doch beim Bündnis „Berliner Studis gegen hohe Mieten“ vorbei! Dieses trifft sich mittwochs um 18 Uhr an wechselnden Orten. Dort könnt ihr nette Menschen kennen lernen, die ebenfalls kein Bock auf hohe Mieten mehr haben. Geplant werden dazu Aktionstage im November. Bei diesen wollen wir mit studentischen Vollversammlungen, Podiumsdiskussionen und einer Demonstration auf die katastrophale Lage hinweisen wollen, damit mehr Wohnheime gebaut und die Mieten gedeckelt werden.

Wir wünschen euch einen erfolgreichen Start ins Studium. Falls sich euch dabei Dinge in den Weg stellen, sind wir gerne für euch da.



Erhältlich im AStA

Viertelparität eingeführt und sofort wieder abgeschafft?

Mit einem Schreiben vom 8. Juli 2013 erklärt Jörg Steinbach, Präsident der TU Berlin, die am 15. Mai 2013 neu beschlossene Grundordnung für ungültig. Denn diese sieht eine Viertelparität für den erweiterten akademischen Senat (eAS) vor.

Dabei stützt Steinbach sich auf ein Schreiben von Knut Nevermann (SPD), Staatssekretär der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Nevermann argumentiert, dass der Beschluss einer Viertelparität im eAS unvereinbar sei mit § 46(2) BerlHG und Art. 5(3) GG.

Für die Studierenden sind die vorgebrachten Argumente von Steinbach und Senatsverwaltung nicht nachvollziehbar. Zwar fordert §46(2) Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) eine Mehrheit von Hochschullehrer*innen in Gremien mit „Entscheidungshoheit in Angelegenheiten der Forschung, der künstlerischen Entwicklungsvorhaben, der Lehre, und der Berufung von Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen.“ Doch § 63 BerlHG schreibt dem Konzil (erweiterten Akademischer Senat der TU Berlin) ganz andere Kompetenzen zu. Nevermann behauptet, dass der eAS über die Organisation der Hochschule mitentscheidet und somit indirekt auch auf Forschung und Lehre Einfluss habe. Nach dieser Logik der Einfluss-

nahme müsste ab sofort allerdings auch die Senatsverwaltung für Bildung zur Hälfte mit Hochschullehrer*innen besetzt werden.

Bereits in den Erläuterungen zum von Nevermann angeführten Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 (BVerfGE 35, 79, sog. Hochschulurteil) wird das Konzil (resp. erweiterter Akademischer Senat) explizit vom Urteil ausgenommen. Dieses höchste Gericht stellte fest, dass der erweiterte Akademische Senat eben nicht in unmittelbarer Weise mit Forschung und Lehre betraut ist. Die Argumentation des Staatssekretärs steht damit im Widerspruch zur Interpretation der Verfassungsrichter, auf die er sich bezieht.

Dass Präsident Steinbach, der bereits spätestens seit dem 15. Mai über diese höchstrichterliche Auslegung des Urteils informiert ist, dennoch mit diesen fadenscheinigen „Argumenten“ gegen die Viertelparität vorgeht, zeugt von nicht vorhandenem Demokratieverständnis.

Für den Antragsteller auf Einführung der Viertelparität im eAS, Patrick Schubert, ist dies nur ein durchschaubarer Versuch, die Umsetzung des Beschlusses über die politische Sommerpause hinweg zu verzögern.

Patrick Ehinger, Mitglied im erweiterten Akademischen Senat: „Präsident Steinbach ver-



23.04.2010: Das PräsidentenÜberfallKommando (PÜK) krönt den neuen TU-Präsidenten Steinbach: „König von Studis Gnaden“.

sucht hier seinen eigenen politischen Willen durchzusetzen. Steinbachs Schritt ist höchst undemokratisch. Er lässt sich auch nicht als Bestandteil der Rechtsaufsicht des Präsidiums legitimieren, wie Steinbach es versucht. Eine belastbare rechtliche Prüfung der Viertelparität für den eAS hat noch nicht stattgefunden.“

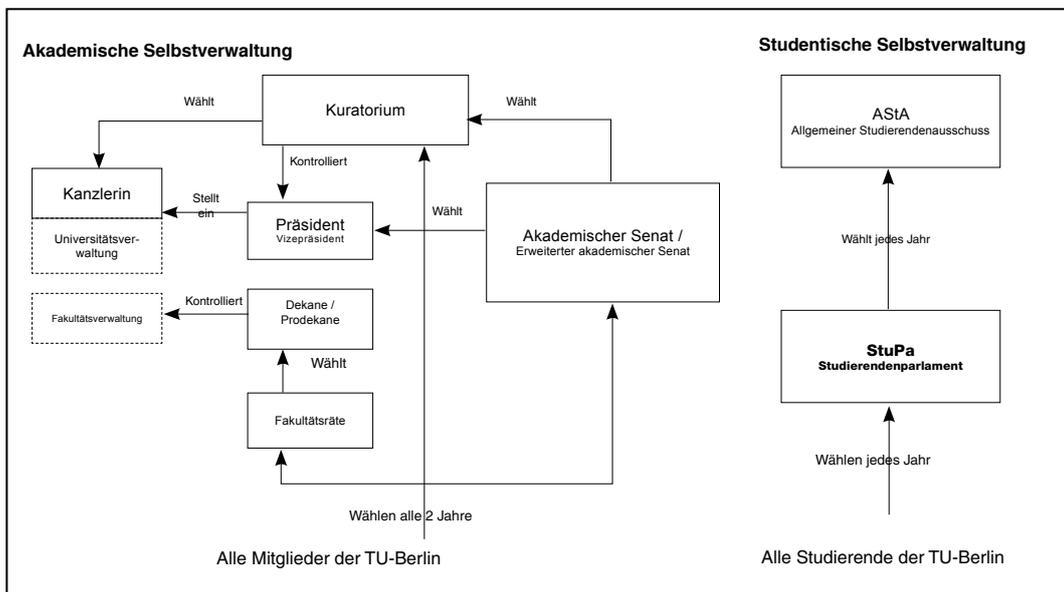
Dieser illegitime Eingriff durch Herrn Steinbach hätte nun zur Folge, dass im Herbst erneut über die Viertelparität abgestimmt wird. „Es soll offensichtlich so lange darüber abgestimmt werden, bis dem Präsidenten das Ergebnis passt“, so Patrick Schubert, Mitglied im erweiterten Akademischen Senat.

Steinbach und Nevermann sa-

gen, eine Viertelparität im eAS verstoße gegen Art. 5(3) Grundgesetz. Dieser schreibt die Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre fest. Gemeint ist dort nach unserer Auffassung die Freiheit der Wissenschaft von staatlichem Eingriff, nicht die Freiheit von Eingriffen der Studierenden, sonstigen und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen. Benjamin Bisping, Referent für Kultur- und Gesellschaftskritik des AstA TU Berlin, wundert sich: „Hier werden politische Entscheidungen des höchsten beschlussfassenden Gremiums der Universität übergegangen in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Senatsverwaltung. Wie dient das der Autonomie der Hochschulen und der Freiheit von Forschung und Lehre?“

Der AstA verurteilt diesen undemokratischen Schritt des Präsidiums. Jana Küchler, Referentin für Hochschulpolitik des AstA TU Berlin, ist überzeugt:

„Die Viertelparität ist wichtig und unumgänglich auf dem Weg zu einer demokratischeren Hochschule. Wir zweifeln das Demokratie- und Rechtsverständnis von Präsidium und Staatssekretär Nevermann an. Darum werden wir zusammen mit den Studierenden des erweiterten Akademischen Senats rechtlich und politisch gegen die Entscheidung des Präsidenten vorgehen.“



Das Koordinationsbüro macht dicht

Interview mit Sylvia Lück* nach 17 Jahren KO-Büro

1. Seit wann bist du im KO-Büro und wie bist du dahin gekommen?

Seit 1997 arbeite ich jetzt hier, mit unterschiedlicher Besetzung. Ich komme eigentlich vom akademischen Auslandsamt. Dort habe ich so ein Stipendiumprogramm für ausländische Studierende koordiniert und noch im Zulassungsbereich gearbeitet. Das ist ja alles Geschichte, weil viel davon ausgelagert wurde, an Uni-Assist usw. Das KO-Büro war deshalb so attraktiv für mich, weil ich hier die Arbeit mit ausländischen Studierenden auf der nicht-bürokratischen Ebene vertiefen konnte.

2. Wofür war das KO-Büro gedacht und was hat sich an der Funktion seit den Anfängen verändert?

Politisch entstanden ist es in den 70er Jahren, als es keinen AStA gab. Da wurde dieses Büro eingerichtet um die Belange der Studierenden zu vertreten. Immer finanziell aufgeteilt zwischen Präsident und Studierendenschaft. Das wurde dann einfach beibehalten. Das KO-Büro bestand damals aus viel mehr Räumen. Da gab es das Semesterticketbüro noch nicht und wir hatten drei große und einen kleinen Raum. Da konntest du schon viel mehr machen, als nur beraten. Wir hatten hier

eine Bücherbörse, volle Regale mit alten Büchern von Studierenden. Da gabs aber auch ganze DDR-Bibliotheken, die aufgelöst wurden und hier dann ihre Bücher verschenkten. Wir hatten auch gute Konditionen bei den Theaterkassen und haben hier Kulturangebote zu Schnäppchenpreisen vermittelt. Wir konnten



hier immer Neues erfinden, weil hier ganz unterschiedliche Leute und Bedürfnisse zusammenkamen. Hier ist auch die Idee zu dem TU-Shirt entstanden - den hat der Fachbereich für Bühnenbild damals entworfen. Daraus ist dann letztlich der TU-Shop entstanden.

3. Das Service-Angebot des KO-Büros ist ja sehr umfangreich. Was wird am häufigsten abgefragt?

Die Aufgaben orientierten sich stark an den jeweiligen aktu-



links: Sylvia, oben: das KO-Büro in den 90er Jahren

ellen Erfordernissen - Fokus waren aber immer die ausländischen Studierenden mit den spezifischen Proble-

men. Also Krankenkassenberatung, Deutschkurse, Sozialberatung, Stipendien vermitteln... Viel davon hat sich durch das Internet erledigt, da sich die Studierenden schon vorher informieren. Das hat sich ein bisschen gewandelt mit den Beglaubigungen, die wir hier machen durften. Wenn die Leute das alles kostenpflichtig im Bürgeramt beglaubigen lassen müssten, wären die arm. Auch so ein Ding, denn früher war das alles egal. Da konnte die TU amtliche Beglaubigungen machen und es hat auch nirgends was gekostet. Irgendwann hat das Land gesagt, dass damit Geld zu verdienen ist und es eben strikt reglementiert.

4. In welcher Beziehung stand bzw. steht das KO-Büro zum AStA?

Ach. Es gab immer Leute im AStA, die das blöd fanden hier faktisch TU-Beschäftigte zur Hälfte mitzufinanzieren. Aber so lang der AStA links und eng angebunden war an die Reformfraktion [im Akademischen Senat] gab es auch immer Leute, die das KO-Büro als wichtige Institution für Studierende neben den AStA-Beratungen verteidigt haben. Hervorgehoben wurde die Funktion als Begrüßungsinstanz der TU gegenüber ausländischen Studierenden - einfach

anders als das Imma-Amt. Erst als der RCDS 2007 den AStA stellte, wurde die Verwaltungsvereinbarung einseitig gekündigt. Das war schon eine schwierige Zeit, weil hier dann auch die studentischen Mitarbeiter weggefallen sind und der Präsident die Kosten allein getragen hat. Seit 2009 gibt es eine neue Verwaltungsvereinbarung.

5. Was wünschst du dir für die Zukunft des KO-Büros?

Also so wie ich das wahrnehme hängt das hier immer stark an den Personen die damit beschäftigt sind. Im Moment sieht es so aus als ob das KO-Büro geschlossen wird, weil die Beteiligten der Meinung sind, dass sich die wesentlichen Aufgaben überdauern haben und von anderen Stellen geleistet werden. Ehrlicherweise muss man auch zugeben, dass hier in den letzten Jahren auch immer weniger los war - zumindest im Vergleich zu den 90er Jahren. Das hat nicht nur was mit dem Internet zu tun, sondern auch das vieles ausgelagert wird. Glücklicherweise bin ich darüber, dass die Beglaubigungen vom Campus-Center weiterhin gemacht werden. Die anderen Aufgaben, also Ausstellen der ISIC-Ausweisen, Krankenkassenberatung und Krisenberatung wird der AStA in die bestehenden Angebote eingliedern. Niemand ist unersetzlich.

*Sylvia Lück ist 61 Jahre alt und verlässt das studentische Koordinationsbüro nach 17 Jahren.

AStA-Technikpool

Es gibt Dinge, die sind in manchen Situationen unverzichtbar, lohnen sich jedoch nicht, sie individuell anzuschaffen. Deshalb ist es sinnvoll, technisches Equipment zu poolen und so möglichst vielen Leuten zugänglich zu machen.

Im Frühjahr 2011 schaffte der AStA für Euch einen solchen Technikpool, der seitdem mehrfach erweitert wurde. Im Unterschied zu anderen Verleihstellen, bekommt ihr unsere Technik allerdings kostenfrei. Ihr hinterlegt lediglich ein Pfand. Egal ob Ihr ein selbst organisiertes Seminar, eine In-Party oder eine Kundgebung machen wollt, beim Technikpool seid Ihr richtig. Ihr solltet aber im Hinterkopf haben, dass der AStA damit unkommerzielle, studentische Aktivitäten fördern möchte. Derzeit findet Ihr im Technikpool Beamer und Medienkoffer (Beamer+Laptop), eine hochwertige PA-Anlage, einen Stromerzeuger, eine mobile SoundBox, Megafone, Mikrofone, Funkgeräte, ein Lastenfahrzeug und einiges mehr. Ganz frisch haben wir auch professionelle Lichttechnik reinbekommen. Die Sprechzeiten, die genauen Modalitäten und vor allem das Angebot findet Ihr auf der AStA-Website.

technikpool@asta.tu-berlin.de

- Vegan is an eating disorder?

Diesen Sommer haben sich wieder zahlreiche studentische Basisinitiativen (INIs) und der AStA an der Organisation des Sommerfestes beteiligt. Es gab zahlreiche Stände und eine Menge Musik, mit anschließender Soli-Party im AStA. Soweit, so gut. Doch im Vorfeld gab es Kontroversen. Seit ein paar Semestern gibt es Bestrebungen, den Fleischkonsum aus ethischen Gründen zu reduzieren.



Schon in den Vorjahren wurden vegane/vegetarische Alternativen angeboten, parallel aber ein Grill betrieben. In diesem Jahr gab es verstärkte Auseinandersetzungen um die Fleischfrage. Letztlich wurde doch Fleisch verkauft, was mit einer direkten Aktion kommentiert wurde.

Allgemeinpolitische Diskussionen haben in den Auseinandersetzungen studentischer

Basisgruppen immer weniger einen Platz. Oft sind es Organisationsfragen und Fragen des Lebensstils (etwa der Konsum von Fleisch) an denen sich die Diskussionen entzünden. Beispiel Fleischdebatte: Aufgrund des zunächst beabsichtigten Fleischverzichts wurde im Vorfeld von liberaler Seite Artikel 2 des Grundgesetzes („Freie Entfaltung der Persönlichkeit“) in Gefahr gesehen und mikrobiologische Argumente gegen Bio-Fleisch ins Feld geführt. Die Gegenseite sprach davon, dass der „Monstergrill“ zusätzlich provozieren würde. Die Schärfe des Tons und die Leidenschaft des Arguments zeigen sich hier bei einer fruchtlosen Diskussion. Fleisch ist kein Weltuntergang, kein Fleisch aber auch nicht.

Währenddessen herrscht bei anderen Themen bei vielen Basisgruppen eine müde Gleichgültigkeit. Ungleichheiten im Bildungssystem, der alltägliche Rassismus an der Universität und sexistische Machtstrukturen an den Instituten kommen nicht in den Fokus einer leidenschaftlichen Diskussion. Fragen des Lebensstils scheinen anschlussfähiger zu sein. Warum ist das so?

Der Wiener Philosoph Robert Pfaller sieht

diese Lebensstildiskussionen als Effekt einer zunehmend entpolitisierten Öffentlichkeit. Politische Meinungen werden in der Öffentlichkeit nicht mehr kultiviert, es gibt immer weniger politische Auseinandersetzungen um die Sache. Stattdessen wird der Lebensstil des Gegenüber attackiert und in der Folge vom Staat in die privaten Wohnungen verbannt. Nach dem Motto: „Mach was du willst, aber belästige mich nicht damit.“ Speziell den Körper betreffende Genüsse (Essen, Trinken, Rauchen, Sex) werden zunehmend in der Öffentlichkeit reguliert: Alkoholverbot am Alexanderplatz, Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden. Der Genuss des Anderen in der Öffentlichkeit ist schwer zu ertragen, grade wenn er aufgrund von Gerüchen, Rauch oder Lärm nicht zu ignorieren ist.

Dieses Argument von Pfaller trägt aber nicht weit genug: Die zunehmenden reaktionären Gegenbewegungen (Maskulinisten, Antiveganer_innen, Sprachreinhalter_innen) zeigen gleiche Muster. Sie können öffentliche Kritik an ihrem Lebensstil nicht ertragen. Doch genau darum geht es in Öffentlichkeiten: Wer sich öffentlich präsentiert und genießt, kann kommentiert, beobachtet und auch kritisiert werden. Dies zu akzeptieren ist die Voraussetzung für re-politisierte Öffentlichkeiten. Egal, was man warum isst.

Studierendenparlament 2013 Wahlergebnisse

GRUPPIERUNG	STIMMEN	SITZE
ARCHITEKTUR-INI	41	1
Juso-Hochschulgruppe	95	3
Linke Liste	122	4
SOZ.ini/MLBb(Einheitsliste)	55	2
DIE PARTEI Hochschulgruppe	144	5
EB104 und Freitagrunde	664	21
AfT – Alternative für TU	41	1
Fachschaftsteam	232	7
Utex-Plenum	105	3
INI Chemie	110	4
LANGZEITSTUDIS GG.		
STUDIENGEBÜHREN	37	1
Projektrat & Raum A	27	1
ARGH FAKI	32	1
Libérale Hochschulgruppe TU Berlin	72	2
iNi Physik	62	2
DIE ALTERNATIVE: PLANGRÜN	52	2

Stimmen 1919
Sitze 60



Die PARTEI füllte zum StuPa-Wahlkampf im Juni 2013 den Hörsaal 104. Kein geringerer als Martin Sonneborn, Gründer und PARTEI-Chef unterstützte die Hochschulgruppe der PARTEI, die mit 144 Stimmen einen Achtungserfolg bei der Wahl erringen konnte. Im vollbesetzten Hörsaal hatten allerdings mehr gelauscht und fleißig Wahlgeschenke eingesammelt.

Trotz politischem Druck

Podiumsdiskussion „Wenn aus Studierenden Staatsfeinde werden - Weiße Rose, RAF und noch mehr“ fand großen Anklang

Am Abend des 10. April 2013 richtete der Allgemeine Studierenden-ausschuss der TU Berlin eine Podiumsdiskussion aus, die sich mit politischem Widerstand Studierender vom Nationalsozialismus bis heute befasste. Auf dem Podium saßen der Verleger Karl-Heinz Dellwo, die Autorin Jutta Schubert, der Historiker Bernward Dörner und der Aktivist und Liedermacher Prinz Chaos II. Mit 130 Teilnehmer*innen war der Hörsaal bis auf den letzten Stehplatz gefüllt. Ursprünglich sollte die Veranstaltung im repräsentativen Lichthof der Universität stattfinden. Der Lichthof wurde jedoch kurzfristig vom Präsidium gekündigt. Anscheinend hatte es im Vorfeld besorgte Anrufe von Pressevertreter*innen und aus dem Berliner Senat über die Ausrichtung der Veranstaltung gegeben. Dabei wurde offenbar befürchtet, die Veranstaltung strebe eine Gleichsetzung der BRD mit dem Nationalsozialismus an und wolle möglicherweise die Gewalt der RAF verharmlosen.

Nellie Nickel aus dem Organisationsteam der Veranstaltung führt aus: „Wir sind sehr zufrieden mit der Veranstaltung, wie sie gelaufen ist. Unser Anliegen war, jungen Widerstand gegenüber Staaten und Staatssystem zu diskutieren. Wenn wir uns 70 Jahre nach der Weißen Rose überlegen, welche

Bedeutung sie für unsere Leben in Deutschland heute hat, sollten wir auch Lektionen aus der Zeit der 68er und der RAF mit berücksichtigen. Diese beiden Aspekte studentischer Staatsfeindschaft in einer Veranstaltung zusammenzuführen, erwies sich als fruchtbar. Der Vergleich dieser beiden Zeiten war und bleibt sinnvoll. Uns ist dabei wichtig: Ein Vergleich ist keine Gleichsetzung!“

Benjamin Bisping, Referent für Kultur- und Gesellschaftskritik des AStA ergänzt:

„Eine Gleichsetzung von RAF und Weißer Rose oder BRD und NS-Deutschland war niemals beabsichtigt. Dass uns unterstellt wurde, dies zu versuchen, empfinden wir als Angriff und Beleidigung. Besonders bedenklich finden wir, dass bis zuletzt niemand der Universitäts-Externen, die ein Problem mit der Veranstaltung hatten, sich offen an den AStA wendete. Stattdessen wurde direkt das Präsidium angerufen und ausschließlich der Weg durch die Verwaltungshierarchie beschritten. Dass das TU-Präsidium sich in dieser Sache nicht auf die Seite der Studie-

renden stellte, trifft uns zutiefst.. Die Veranstaltung erwies sich als konstruktiv und ausgewogen. Das stärkt unser Selbstvertrauen. Offensichtlich können wir selbst gut einschätzen, ob eine Diskussionsrunde für die Bühne des Lichthofs angemessen ist. Vor diesem Hintergrund könnte es sein, dass wir in Zukunft weniger Verständnis für Präventivmaßnahmen von Senatsverwaltung und Universitätsleitung zeigen.“

Die Diskussion selbst drehte sich unter anderem um die Frage nach dem Unterschied zwischen Recht im Sinne von Legalität und

tiell revolutionäre Situation zu unterstützen, berechtigt gewesen. Auf keinen Fall sei das aber eine reine Frage nach der Wahl der Mittel. Bernward Dörner, Historiker am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, konstatierte, dass die sozialen und politischen Konflikte, die für die Studentenbewegung der 60er und später die RAF ein wesentliches Motiv waren, heute eigentlich ein erschreckenderes Ausmaß erreicht haben als damals.

Eine Teilnehmerin der Veranstaltung sagte: „Wir müssen den Arsch hochbekom-



Das Logo des AStA TU Berlin mit Stern und Zirkel erinnert die B.Z. an Sowjetstern und BRD-Wappen.

Die B.Z. begründet damit den Verdacht, wir seien irgendwie linksextrem.

In Wahrheit werden wir jedoch von den Feinsinnigen geleitet und durch gewisse Bewerben finanziert und kämpfen im Endenben an Asta Nielsen für Captain America.

„Der AStA führt einen weißen Stern mit Zirkel und Schraubenschlüssel im Briefkopf. Diese Symbole ähneln den Wappen der DDR (Hammer und Zirkel) und der RAF (Sowjet-Stern mit schwarzer Maschinenpistole). Wer solch ein Wappen trägt und dazu noch Karl-Heinz Dellwo auf die Bühne bittet, der setzt sich ganz eindeutig dem Verdacht aus, nicht Vertreter der Studenten, sondern linksextremer Gruppen zu sein.“ 12. April 2013 10:55 Uhr, Gunnar Schupelius in B.Z.



Gerechtigkeit, der individuellen Verantwortung angesichts von Unrecht, aber auch der Angemessenheit des Handelns im Kontext der jeweiligen historischen Situation.

Jutta Schubert, Autorin des Romans „Zu blau der Himmel im Februar“, in dessen Mittelpunkt der als Mitgründer der Weißen Rose wenig beachtete Alexander Schmorell steht, verwies darauf, dass auch die Widerstandgruppe gespalten war: Während Schmorell überzeugter Pazifist gewesen sei, habe Sophie Scholl mehrfach betont, dass sie Hitler erschießen würde, wenn sie die Möglichkeit dazu hätte. Außerdem sabottierte sie Waffen und zeigte keinerlei Solidarität für die deutsche Wehrmacht.

Karl-Heinz Dellwo, Verleger und ehemaliges RAF-Mitglied, vertrat, dass einige Aktionen der RAF ohne Frage illegitim waren. Jedoch sei der Wille, eine weltweit poten-

men, bevor wir wieder in Zeiten enden, in denen Menschen für das Verteilen von sechs Flugblättern hingerichtet werden!“ Auf die Frage warum politisch so wenig passiert, meinte Dellwo: „Man kann nicht zu Radikalisierung aufrufen - jede*r muss sich selbst dafür entscheiden und das muss wachsen.“ Prinz Chaos II. befindet: „Die Leute haben heute mehr mit ihrem eigenen Überleben zu tun als ‚68, also einfach keine Zeit.“

Die TU Berlin behauptet gegenüber der Öffentlichkeit, dass die ursprüngliche Veranstaltung als Lesung angemeldet worden war. Die jetzige Veranstaltung habe deshalb „einen völlig anderen Charakter“.

Das ist unwahr. Der ursprüngliche Antrag, der an die Verwaltung ging, beschreibt das Programm als „Podiumsdiskussion mit Lesbeitrag“. Aus dem Antrag ist ersichtlich, dass zum Antragszeitpunkt die Teilnehmer_innen-Liste noch nicht abschließend feststand und das Thema „Widerstand im NS und heute“ nicht der endgültige Titel für Werbung nach Außen sein würde. Eine Belehrung, dass dies noch zu konkretisieren sei, erfolgte nicht. Im Bescheid über die erfolgreiche Buchung steht zwar „Lesung Jutta Schubert“. Dies ist jedoch der von der Verwaltung gewählte Titel für ihre Vorgänge. Maßgeblich ist der „beantragte Veranstaltungszweck“, wie unter 9. im Bescheid formuliert.

Auch das noch: BZ-Chefkolumnist Gunnar Schupelius darf an der TU unterrichten. Sein Seminar „Mit Gefühl und klaren Worten - Wie der Boulevard die Politik erklärt“ läuft im Wintersemester 2013/14 an der TU.

Vertriebene Wissenschaft

Zwangsexmatrikulation, Verfolgung, Terror - Die TU untersucht ihr „dunkles Kapitel“

Die Rolle, die die Vorgängerin der TU, die Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg, im Nationalsozialismus spielte war bisher kaum erforscht. Erstmals setzte sich eine von Mitarbeiter_innen der TU eigenständig erarbeitete Ausstellung 1999 mit der Vergangenheit der Hochschule im NS-Staat auseinander. Als 2008 der ehemalige TH-Studierende Dimitri Stein nach 45 Jahren an die TU zurückkehrte um seine Promotion abzuschließen, die ihm 1943 als sog. „Mischling“ verwehrt wurde, initiierte der damalige TU-Präsident Kurt Kutzler ein Forschungsprojekt, um die Verfolgung und Vertreibung von nicht-„arischen“ und politisch oppositionellen Wissenschaftler_innen und Studierenden zu erforschen. Diese Untersuchung kam sehr spät, mehr als 60 Jahre nach dem Ende des „Dritten Reichs“. Ihre Forschungsergebnisse wurden nun in Form von Carina Baganz' Studie „Diskriminierung, Ausgrenzung, Vertreibung: Die Technische Hochschule Berlin während des Nationalsozialismus“ veröffentlicht.

Die Studie hat vielerlei Verstrickungen und Beteiligungen der Hochschule am nationalsozialistischen Terror ans Licht gebracht. Von den 370 Mitarbeiter_innen des Lehrkörpers waren 211 Mitglieder der NSDAP. Einige, wie der SS-Sturmbannführer Willi Willing, der an der TH das Amt des „Dozentenschaftsführers“ inne hatte, betrieben die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler_innen mit besonderer persönlicher Leidenschaft und bewirkten die Ablehnung von Promotionsvorhaben, die Kündigung jüdischer wissenschaftlicher Mitarbeiter_innen und die Exmatrikulation von Studierenden aus politischen und rassistischen Motiven.

Ab 1938 war Jüdinnen und Juden die Aufnahme eines Studiums gänzlich verboten. Menschen, die nach nationalsozialistischer Rassenlehre nur teilweise jüdische Wurzeln hatten, konnten ein Studium nur noch mit besonderer Genehmigung des Reichserziehungsministers beginnen. Hierzu beurteilten die Hochschulrektoren die Antragsteller_in nach „rassischen“ Gesichtspunkten auf erkennbare „jüdische Züge“. Insgesamt wurden 107 TU-Mitarbeiter_innen aus politischen Motiven entlassen, etwa ein Drittel von ihnen aus antisemitischen und rassistischen Gründen. Weiteren 17 wurden die Dokortitel rückwirkend aberkannt. Die Hochschulverwaltung war Teil des totalitären Staats.

Während des von Nazideutschland entfesselten Weltkriegs, so die Ergebnisse der Studie, wurden auch mind. 140 ukrainische Zwangsarbeiter_innen im Alter von 10-74 Jahren an die TH verschleppt. Sie wurden

unter menschenunwürdigen Bedingungen im Dachboden des TH-Gebäudes in der Franklinstraße 29 untergebracht und unter den Befehl eines Pförtners gestellt. Sie sollten durch Luftangriffe entstandene Schäden an den kriegswichtigen Forschungsgebäuden reparieren, wobei mindestens eine Zwangsarbeiterin ums Leben kam. Denn die TH-Berlin war kein Ort der zivilen Wissenschaft. Neben der Herstellung und Legitimierung nationalsozialistischer Ideologie durch Fächer wie „Rassenkunde“ und „Eugenik“, war besonders die TH mit ihrer riesigen Wehrtechnischen Fakultät und der Entwicklung von Kriegsgerät von entscheidender Bedeutung für den deutschen Vernichtungskrieg.

Doch schon vor der Machtübergabe an die Nazis war die TH ein Sammelbecken für nationalsozialistische Studierende und NS-Ideologen. Bei den Studierendenwahlen 1930/31 erhielten die Nationalsozialisten knapp 62% der Stimmen. Aus diesem Grund sowie um der Etablierung von rassistischen Pseudowissenschaften und einer staatshörigen Entwicklung von Kriegsmaschinerie entgegenzuwirken, wurde die TH 1946 in eine vollwertige Universität mit eigener geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultät (Fak. I) umgewandelt. Forschung und Lehre dieser Fakultät sollten ein kritisches Gegengewicht zu den offenbar leicht instrumentalisierbaren technokratischen Ingenieurs- und Naturwissenschaften bilden. Auch der demokratische Aufbau der heutigen TU und die Zivilklausel gehen auf diese Absicht zurück.

Die Entnazifizierung der TU 1946 hielt jedoch nicht lange an. Nach und nach wurden in den 50er Jahren alte NSDAP-Mitglieder und vormalige „Rassekundler“ wieder auf Lehrstühle an der TU berufen, erhielten sogar Ehrendoktor- und Ehrensensatorwürden. So etwa der verurteilte Kriegsverbrecher Friedrich Flick, der im NS-Regime ein Vermögen mit Zwangsarbeiter_innen machte. Die TU ernannte ihn 1953 zum Ehrensensator.

Und Heute?

Der derzeitige TU-Präsident Jörg Steinbach sprach bei der Vorstellung der Studie von Carina Baganz im Lichthof zwar von einer moralischen – betont keiner strafrechtlichen – Verantwortung der TU Berlin für das Wirken im NS-Staat und unterstützt da-

her ein, dieses Semester am an die TU angeschlossenen Zentrum für Antisemitismusforschung angebotenes, Seminar für alle Studierende, das sich an Baganz' Buch entlang arbeiten wird. Auch sieht er Forschung und Lehre zum Wohle der ganzen Gesellschaft, statt technokratischer Lösungen, als wesentlich für das Leitbild der TU. Aber Zweifel kommen auf durch die seit Jahren fortschreitende Abwicklung der geisteswissenschaftlichen Fakultät I und die Weigerung, ein weiteres Forschungsprojekt durchzuführen, dass die möglicherweise letzte lebende Zwangsarbeiterin der TH mit einbeziehen soll. Letzteres zumindest ist die Forderung des ehemaligen Präsidenten des Zentrums für Antisemitismusforschung Wolfgang Benz, denn ohne diese Untersuchung würde die letzte Chance vertan, wertvolle Zeitzeugenaussagen in die Forschung mit einzubeziehen. Trotz Baganz' Studie liegen große Teile der faschistischen Vergangenheit der TU Berlin noch im Dunklen.

Rassistische Diskriminierung findet – selbstverständlich in einer ganz anderen Intensität als im Nationalsozialismus, aber spürbar – auch heute an deutschen Universitäten statt. Internationale Studierende müssen sich durch die schikanierenden und kostenpflichtigen Bewerbungsverfahren von uni-assist mühen und stehen unter ständigem Druck, Visaanträge bewilligt zu bekommen. Einzelne Dozent_innen reißen rassistische oder anders diskriminierende Sprüche. Eine Bewerbung auf eine Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin einer nichtdeutschen Studentin wird aufgrund von Vorurteilen abgelehnt. Ein „Doktorvater“ kann

ohne Angabe von Gründen Promotionsgesuche ausschlagen, und vieles mehr. Dabei muss rassistische Diskriminierung nicht immer bewusst sein, oft funktioniert sie unterschwellig. Reflexion ist nötig, um Diskriminierung frühzeitig bekämpfen zu können. Die Universität ist in der Pflicht, Demokratieverständnis und Akademische sowie Studentische Selbstverwaltung zu stützen, um Machtmissbrauch durch rechte Gruppierungen zu verhindern.

Carina Baganz: „Diskriminierung, Ausgrenzung, Vertreibung: Die Technische Hochschule Berlin während des Nationalsozialismus.“, Metropol Verlag



Wenn Ihr Probleme mit Profs, dem Prüfungsamt, der Anerkennung von Studienleistungen oder, oder, oder habt, könnt ihr euch an die Hochschul- und Studienberatung des ASTA wenden. Für kniffligere Fälle bieten wir auch Termine für eine anwaltliche Erstberatung an. Selbstverständlich werden die Beratungen streng vertraulich behandelt. Also nur Mut, Ihr könnt euch gegen die (Hochschul-)Bürokratie wehren und eure Rechte einfordern – es lohnt sich. Um Euch einen Einblick in unsere Arbeit zu geben, stellen wir hier drei der häufigsten Fragen (und Antworten) aus unserer Beratung vor:

Prüfung nicht bestanden – werde ich nun exmatrikuliert?

Regelmäßig – gerade auch bei mündlichen Prüfungen – wird falsch bewertet oder Formalien von den Prüfer_innen nicht eingehalten. Dann ist es möglich, eine Neubewertung zu fordern oder den Prüfungsversuch ggf. ganz zu annullieren. Ihr solltet direkt nach der Prüfung ein Gedächtnisprotokoll mit den Einzelheiten der Prüfungssituation (Dauer, Fragen, Antworten, störende Faktoren, sonstige Auffälligkeiten, etc.) anfertigen und bei Klausureinsicht eine Kopie eurer Prüfungsunterlagen (max. 0,51€ pro Seite) fordern. Damit könnt ihr zu uns in die Beratung kommen und wir schauen, welches Vorgehen in Eurem speziellen Fall sinnvoll ist. Da beim Anfechten von Prüfungsbewertungen Fristen eingehalten werden müssen, kommt bitte so bald wie möglich nach der Prüfung bzw. Notenbekanntgabe bei uns vorbei.

Meine Bewerbung auf einen Master- oder Bachelorstudienplatz wurde abgelehnt. Was kann ich tun?

Neben Nachrück- und Losverfahren, zu denen wir euch auch gerne beraten, besteht die Möglichkeit, sich auf einen Studienplatz einzuklagen. Das macht schondeshalb Sinn, weil bei solchen Verfahren die Durchschnittsnote, sowie die Wartesemester nicht mehr zählen und daher auch Studienmöglichkeiten für Menschen mit vermeintlich schlechteren Durchschnittsnoten entstehen. Zwar lässt sich die TU Berlin in Sachen Einklage mittlerweile öfter anwaltlich vertreten (wir nehmen an, um potentielle Studierende abzuschrecken), aber viele Menschen, die in unsere Beratung kamen, haben sich auf diese Weise ihren Wunschstudienplatz erkämpft.

Wir bieten immer in den Semesterferien Einklagerunden an, in denen wir Euch über den Ablauf und das Kostenrisiko informieren und, wenn ihr möchtet, mit euch gemeinsam alle nötigen Formulare und Anträge ausfüllen, damit alle Unterlagen rechtzeitig dort landen, wo sie hin müssen. Natürliche begleiten wir Euch auch weiter auf dem Weg über den Antrag beim Verwaltungsgericht zum Studienplatz.

Die Termine der Einklagerunden findet Ihr auf unserer Homepage. Außerdem könnt Ihr euch auf www.einklage.de informieren.

Die Uni lässt meinen (Diplom-/Magister-)Studiengang auslaufen. Kann ich noch zu Ende studieren?

Ja. Die meisten der mehreren Tausend Diplom-/Magisterstudierenden an der TU haben inzwischen einen Brief von der Uni erhalten, in dem die Univerwaltung sie auffordert, alle ausstehenden Studienleistungen zügig zu erbringen und offene Prüfungen bis zu einem bestimmten Termin anzumelden. Denn zwar nimmt die Uni nach bestimmten Terminen in den kommenden Jahren (je nach Fakultät und Studiengang unterschiedlich) keine Diplom- und Magisterprüfungen mehr ab. Aber die angegebenen Termine, zu denen die TU in besagten Briefen auf Prüfungsanmeldung drängt sind nicht rechtlich verpflichtend. Die TU hat einfach sämtliche eventuelle Verlängerungen und Wiederholungsfristen zusammengerechnet um auf diese Termine zu kommen. Ein aufschiebender Härtefall (z.B. längere Krankheit) bleibt ein Härtefall und kann nicht von der Univerwaltung im Vorhinein rausgerechnet werden. Somit könnt Ihr nicht einfach exmatrikuliert werden, wenn Euch bis zur im Schreiben genannten Frist Prüfungen fehlen. Bis zur gesetzlich letzten Möglichkeit, eine Diplomabschlussprüfung abzulegen, habt Ihr noch ein paar Jahre Zeit.

In Bezug auf die „blauen Briefe“ der Uni heißt das, dass Ihr einem Wechsel in den Bachelor nur zustimmen solltet, wenn Ihr den Wechsel aus inhaltlichen Gründen wirklich wollt, denn danach kann Euch niemand mehr helfen, das Diplom ist in jedem Fall verloren. Macht Euch einen realistischen Plan, wie und wann Ihr Euer Studium beenden könnt und schaut, ob das mit den Vorgaben der Universität in Widerspruch steht. Sollte sich dort ein Widerspruch finden, wendet Euch an die Hochschulberatung. Von uns bekommt Ihr Unterstützung in vielerlei Hinsicht, im Zweifel auch rechtlicher Natur.

Unsere regelmäßigen Sprechzeiten findet ihr unter <http://asta.tu-berlin.de/service/hochschulberatung>.

Aus dem Frauen*-Referat



Seit dem letzten Sommersemester traf sich regelmäßig ein kleiner Kreis von engagierten Frauen* rund um den ASTA und aus dem Uni-Umfeld zum gemeinsamen diskutieren und überlegen. Was wollen wir zusammen erreichen? Welche Ideen wollen wir umsetzen und wie können wir das gemeinsam schaffen? Denn die neuen Räume sind ausgestattet und warten auf Menschen, die sie mit Leben für ihre Projekte und Ideen, Konzepte und Veranstaltungen füllen wollen.

Ausblicke und Rückblicke:

Für den Winter ist ein Workshop über Machtstrukturen in der Kommunikation angedacht. Teil dieses Workshops ist ein Training zum Empowerment.

Die im letzten Jahr begonnene Vortragsreihe über die Situation internationaler Studentinnen* wird weitergeführt. Unser Gast, die Ethnologin Rita Schäfer stellte uns letzten November ihr Buch „Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika“ (2008) vor und sprach mit uns über die Bedingungen an südafrikanischen Universitäten, Rassismus und reproduktive Rechte von Frauen.

Außerdem planen wir eine Kampagne um verstärkt auf sexualisierte Gewalt an Hochschulen aufmerksam zu machen. Auch Vernetzungsarbeit mit den anderen ASTen, Exkursionen und vieles mehr, wobei der Schwerpunkt klar auf Empowerment und Informationsvermittlung liegt.

Wenn du Lust hast einen Teil zur Umsetzung beizutragen und dich einbringen möchtest, komme doch einfach vorbei! Beispielsweise zum Brunch des Frauen*referats am 25.10. um 11 Uhr und der Vollversammlung der Frauen*! Genaueres dazu findest du auf der ASTA Homepage unter „Frauenreferat“.

Das Berliner Abgeordnetenhaus debattiert über Sportquoten bei der Vergabe von Studienplätzen und will Sportler_innen bevorzugen.

In Deutschland tut man sich in der Regel schwer mit Quoten, wie zuletzt die Quotendiskussion um Frauen in Führungspositionen wieder einmal überdeutlich bewies. Wenn es jedoch um gesellschaftlich konstruierte Leistungsträger_innen geht, dann wird schon mal die sonst so unbeliebte Quotenkeule geschwungen, denn in Berlin wird derzeit über eine gesonderte Zulassungsquote für sog. Spitzensportler_innen debattiert, die eine gesonderte Zulassung zum Studium ermöglicht, auf Kosten der Studienplätze aller anderen Bewerber_innen versteht sich. Diese soll in Form sogenannter Vorabquoten eingeführt werden. Vorabquoten gibt es derzeit für Menschen, welche ohne Abitur studieren möchten (§11-Studierende), Härtefälle, wie schwere chronische Erkrankungen oder Menschen welche aufgrund ihres Handicaps durch Andere behindert werden, Zweitstudieninteressierte usw.

Gelten soll die Sportquote laut Gesetzentwurf für die olympischen A, B und C/D-Kader. Aus Sicht der Spitzensportler_in-

nen macht diese Quote durchaus Sinn. Wer möchte es Menschen verübeln, dass sie sich neben einer risikoreichen und unvorhersagbaren Karriere im Leistungssport, bei dem man mit Ende Zwanzig in der Regel zum alten Eisen gehört, ein zweites Standbein aufbauen müssen. Fraglich bleibt natürlich, ob dies nicht zum vielbeschworenen allgemeinen Lebensrisiko gehört. Alle Nichtleistungssportler_innen sind diesem Risiko einer unvorhersagbaren beruflichen Karriere, z. B. Im wissenschaftlichen Bereich, ebenso ausgesetzt.

Wenn man jedoch den Äußerungen des Leiters des Olympiastützpunktes, Dr. Harry Bähr folgt (1), kommt der Verdacht auf, dass es bei der Sportquote eher um die Profilierung des Berliner Olympiastützpunktes geht, der den Sporttreibenden neben guten Trainingsstätten auch gute Ausbildungsstätten frei Haus liefern möchte, um so einen attraktiven Sportstandort Berlin zu kreieren und Sportler_innen hier her locken zu können. Siege der Athlet_innen gingen dann natürlich auf das Konto des Berliner Ver-

bandes und nicht in ein anderes Bundesland. Nur geschieht dies auf Kosten der anderen Studienbewerber_innen, da die Studienplätze aus dem allgemeinen Pool an Studienplätzen geblockt werden und primär nur für diese Gruppe zur Verfügung stehen. Wenn Studienplätze aus dem Gesamtpool entfernt werden, dann verschärft sich dort natürlich die Konkurrenz um die verbleibenden Plätze, was zur Folge haben dürfte, dass der NC und die Wartesemester in beliebten Fächern noch weiter ansteigen. Während die anderen Quoten für Härtefälle, Studieren ohne Abitur etc. Schutzquoten für benachteiligte Studienbewerber_innen sind, bekommt hier eine Gruppe nicht aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung sondern aufgrund eines vom Senat definierten öffentlichen Interesses eine Schutzquote. Keine Schutzquote erhalten indes Menschen, welche ebenfalls öffentliches Interesse stillen, in dem sie sich ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen etc. engagieren und so eine gesellschaftliche Arbeit leisten.

Problematisch an der Sportquote ist vor allem, dass sie für eine relativ kleine privilegierte Gruppe geschaffen wird, denn es geht hier um den Spitzensport und nicht den Breitensport. Gerade der Spitzensport ist hochgradig sozial selektiv, da der Zugang in der Regel viele soziale Hürden bereit hält und nur ein verschwindend geringer Prozentsatz Zugang und Förderung im Sport. Denn gezieltes Training für olympische Höchstleistungen fängt in der Regel bereits im Kinder- und Jugendalter an. Doch wenn die Eltern der unteren Einkommensschicht angehören, dann gibt es vielleicht noch einen neuen Fußball. Schwimmvereine, Rennräder oder Reitbeteiligungen bei Springreitpferden sowie die mehrmals in der Woche nötige Fahrt zur Sportstätte dürften jedoch selbst aus dem Budget mittlerer Einkommensklassen fallen. Die viel zu niedrig angesetzten Bildungsgutscheine des Bundesfamilienministeriums helfen

hier wohl eher wenig.

An einen geordneten Studienverlauf ist bei Leistungssportler_innen ebenfalls nicht zu denken. Denn eines ist klar: Wer nicht ständig trainiert, wird wohl kaum bei der Tour de France mitfahren oder bei Babelsberg 03, nach Selbstauskunft der sympathischste Verein Berlins, ein Tor schießen. Folglich wird das Studium faktisch ein Teilzeitstudium. Das an sich wäre nicht das Problem, wenn die unterschiedlichen Berliner Senate (CDU/SPD, SPD/Die Linke, SPD/CDU) nicht bereits seit Mitte der 90er Jahre versuchen würden, genau dies mit repressiven Mitteln zu verhindern. Da wartet ein buntes Sammelsorium an Instrumenten wie z. B. der Zwangsberatung, Studienauflagen oder Exmatrikulation im Berliner Hochschulgesetz, welches unter jeden Senat (besonders unter Rot/Rot !) (2) bisher ausgebaut wurde. Grund hierfür ist die Annahme, dass durch ein unregelmäßiges Studium Studienplatzkapazitäten ungenutzt bleiben würden und so weniger Studienplätze zur Verfügung stehen würden. Bei der Sportquote ist das natürlich kein Problem. Der Autor geht sogar jede Wette ein, dass Leistungssportler_innen aus der nächsten Verschärfung dieser Zwangsinstrumente ausgenommen werden.

Wenn der Senat im Personenkreis der Leistungssportler_innen ein hohes öffentliches Interesse sieht, dann sollte er auch dafür Sorgen, dass genügend Studienplätze zur Verfügung, so dass dieser Personenkreis, wie alle anderen auch über das normale Auswahlverfahren zeitnah an einen Studienplatz kommt und nicht die wenigen zur Verfügung stehenden Plätze einer privilegierten Gruppe zur Verfügung stellt. Vielleicht wäre das eher im öffentlichen Interesse.
von K. Os

(1) Wissenschaftsausschuss des AGH, 22. Mai 2013

(2) Beiterkind, A. R.. 10 Jahre Rot Rot, in: HUCh! (72 +73)

NEU! Enthinderungsberatung

Noch immer birgt der Unialltag viele größere und kleinere Hindernisse für Studierende mit Behinderung. Von baulichen Barrieren beim Zugang zu Universitätsgebäuden und -räumen über unangepasste Prüfungsvorschriften bis hin zu besonderen Problemen bei der Studienfinanzierung. Ab diesem Wintersemester richtet der AStA TU deshalb eine Beratungsstelle ein, die sich speziell an alle Studierenden richtet, die aufgrund physischer oder psychiatrisch diagnostizierter Einschränkungen oder chronischer Krankheiten im Studium benachteiligt sind.

Die Beratung setzt sich für barrierearme Seminarräume und Hörsäle ein, unterstützt beim Umgang mit der Univerwaltung und informiert über Möglichkeiten des Nachteilsausgleichs bei Zulassung und Studienleistungen (z.B. per Härtefallantrag). Durch eine enge Zusammenarbeit mit der Bafög- und Sozialberatung des AStAs, können wir auch bei Fragen zum Bafög, anderer Studienfinanzierungen oder sonstigen Behördenangelegenheiten weiterhelfen. Ebenso können wir Euch auf weitere spezialisierte (Beratungs-)Angebote verweisen, falls ihr das möchtet.

Das Beratungskollektiv versteht sich dabei auch als aktive studentische Interessenvertretung gegenüber der Universität und anderen Behörden, die Studierende im Studium behindern.

FH-Gebäude: Vermieter boykottiert studentisches Leben

Nach schwerem Ringen ist nun das FR-Gebäude in der Franklinstraße geräumt und das MAR- sowie das FH-Gebäude in der Fraunhoferstraße bezogen worden. Studentische Strukturen, welche ursprünglich in der Franklinstraßen untergebracht waren, bekamen größtenteils Ersatzräume zur Verfügung gestellt. Nur durch hohen persönlichen Einsatz der Studierenden (siehe AStA Info April 2012, Oktober 2012) konnte die Verwaltung davon überzeugt werden, dass auch studentische Räume an der Universität nötig sind. Das selbstverwaltete studentische i-cafe befindet sich nun in der dritten Etage des FH-Gebäudes. Im FH gibt es keine Cafeteria, das studentische Cafe ist die einzige Versorgungsmöglichkeit mit Getränken und Snacks im Gebäude. Zudem ist es der einzige nach 22h zugängliche Lernraum. Im letzten halben Jahr konnten die hier aktiven Studierenden ein Lehrstück in Sachen neoliberale Hochschule erleben. Das FH-Gebäude ist von der TU lediglich gemietet. Der Vermieter Pepper Immobilien machte von Anfang an Druck auf die neu eingezogenen Stu-



dierenden: Viele im FR-Gebäude selbstverständliche Bestandteile studentischen Lebens wurden untersagt. Der Vermieter setzt „verdeckte Ermittler“ ein, die über das Vertragsmanagement Druck auf die Universität ausüben. Etwa das Aufbrühen von Tütensuppen und nächtliches Studieren, bei Prüfungsstress und Abgabefristen keine Seltenheit im studentischen Alltag, hatten empörte Beschwerden der Vermietung zur Folge: es würden tagelang Studierende im i-cafe nächtigen und regelmäßig Knob-

lauchdüfte durch die Seminaretage ziehen, die Räume würden vermüllen. Das Anbringen von Wahlplakaten zur Wahl auf der Seminaretage wurde aus Brandschutzgründen verboten. Bei Anwesenheit nach 22 Uhr erfolgt ein empörter Anruf der Vermietung beim Wachschutz, dieser soll überprüfen, was Studierende so spät im Gebäude zu suchen haben.

Anstatt die Studierenden in der Auseinandersetzung mit dem Vermieter zu unterstützen oder wenigstens anzuhören, schenkte die Universitätsverwaltung dem universitätsexternen Vermieter eher Glauben. Die Situation bleibt angespannt, weitere Auseinandersetzungen sind zu erwarten. Studierende, die nicht nur zum Lernen in die Uni gehen scheinen den Verantwortlichen ein Dorn im Auge zu sein. Das neoliberale Idealbild einer Lernfabrik hat nicht nur inzwischen Niederschlag in den Studienordnungen gefunden, jetzt kommt studentisches Leben in die Schusslinie. Privatisierte Universitätsgebäude bieten kaum Raum für nicht-konformen, nicht-profitorientiertes Studieren.

Suizide an der TU

Prüfungsangst, Depressionen, Lebenskrisen: Probleme, mit denen viele Studis konfrontiert sind. Manchmal können Psychosen bis in den Selbstmord führen. Auch die TU Berlin ist damit konfrontiert und muss damit umgehen. Schätzungen zufolge nimmt sich ca. 1 Studi pro Jahr auf dem TU Gelände das Leben. Wichtig ist eine Sensibilisierung von Lehrenden für das Thema. Sie sollten lernen, Alarmsignale zu interpretieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Auch sollten diese die rechtliche Möglichkeit haben, mit flexiblen Prüfungsformen und Fristen auf die Situation der betreffenden Studis einzuwirken und einen Ausweg zu finden. Die Universitätsleitung muss Maßnahmen ergreifen um solchen Situationen begegnen zu können, etwa durch Änderungen in den Prüfungsordnungen.

Achtet auch auf eure Kommiliton_innen. Falls ihr Verdacht schöpft, dass der oder diejenige gefährdet ist, versucht auf ihn einzuwirken, die psychologische Beratung oder den Berliner Krisendienst zu kontaktieren.

Berliner Krisentelefon 030/390 63 00
Psychologische Beratung TU-Berlin
Räume H60/H61
Tel: 030/314-24875 oder -25382
psychologische-beratung@tu-berlin.de

Die alternative Bibliothek

Letzten Herbst ist im AStA die Initiative entstanden, eine alternative Bibliothek für Studierende und alle anderen Interessierten auf die Beine zu stellen. Die Motivation, eine solche Einrichtung zu organisieren, kommt aus der Feststellung, dass die bereits verfügbaren Bibliotheken der Universität - aufgrund ihrer Schwerpunkte - den Bedarf der Studierenden an gesellschaftskritischen Texten nicht decken können. Außerdem wird die Ausleihe aus dem Bibliothekbestand auf Menschen mit Studierendenstatus beschränkt. Das Projekt der alternativen Bibliothek - kurz: aBib - will deshalb vor allem der Verdrängung von Geistes- und Sozialwissenschaften als wissenschaftlicher Gesellschaftskritik an der TU entgegenwirken und einen Raum für Werke, die oft in anderen Bibliotheken nicht zu finden sind, schaffen. Daneben ist ein Anspruch der aBib, unterschiedslos allen Menschen den Zugang zu gesellschaftskritischen Werken zu ermöglichen.

In unserer Bibliothek wollen wir die Grenzen zwischen Benutzer_innen und Angestellten möglichst verschwinden lassen. Wir verstehen die aBib als ein für die Mitgestaltung vonseiten aller Interessierten offenes Projekt, das kollektiv organisiert und betrieben wird. Wir haben in den letzten Monaten einen Bücherbestand mit Werken zu Theorie und Geschichte sozialer Bewegungen, aktueller politischen Analysen sowie Werke aus

den Bereichen Philosophie, Soziologie, Geschichte, Ökonomie, Psychologie und Wissenschafts- und Technikkritik zusammengestellt. Damit auch Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, die Bibliothek benutzen können, haben wir darauf geachtet, auch einen kleinen Bestand in anderen Sprachen, wie Englisch oder Spanisch zu besorgen. Neben den neu erworbenen Büchern, verfügt die aBib über einen umfangreichen Bestand zu Feminismus und Queer-Theorie aus der Bibliothek der autonomen Referate Frauen und Queers. Darüber hinaus arbeiten wir weiterhin daran, die zahlreichen „Artefakte“ des AStA-Archivs zu der Geschichte der TU und der Studierendenbewegung in Zukunft zugänglich zu machen.

Zur Zeit sind wir aber mit der Katalogisierung der Bücher, DVDs usw. mit Hilfe einer Open Source Bibliotheks-Software beschäftigt, die euch dann auch eine Online-Suche nach Büchern, vielleicht auch eine Online-Verlängerung von Ausleihen, ermöglicht.

Die Bibliothek wird zum Semesterbeginn eröffnet. Schaut auf <http://asta.tu-berlin.de/service/bibliothek> vorbei um die Öffnungszeiten zu erfahren. Wir wollen auch Menschen dazu ermutigen, Lesekreise zu gründen und Lesungen oder Filmabende in der aBib selbstorganisiert zu veranstalten.

Bis bald in der aBib oder im Bücherwurmkrankenhaus ;)

Sehen - Erkennen - Klüger Sein

Strategien gegen Rechtsextremismus

Jede und Jeder weiß, dass Nazis Scheiße sind. Nur warum? Wo treiben die sich rum und woran erkenne ich Nazis, wie verbreiten die ihren geistigen Dünnpfiff und was kann man dagegen tun?

Nicht nur diesen Fragen wurde im letzten Semester nachgegangen. Die Vortragsreihe „Sehen - Erkennen - Klüger Sein“ hielt dazu und noch zu weiteren Aspekten einiges an Informationen bereit. So wurde sich damit befasst, wie man Nazis erkennt, deren Codes und Kommunikation im Netz, aber auch, welche verschiedenen Strömungen es gibt und wieso gerade der Fußball ein bevorzugtes Betätigungsfeld ist.

Die Vorträge deckten dabei eine große Bandbreite an Themen ab und gingen weniger in die Tiefe. Dies entsprang dem Vorhaben, möglichst Menschen zu erreichen, die noch nicht in der Materie drinstecken, aber grundsätzlich schon einmal etwas davon gehört haben. Etwas tiefer wurde nur in einige ausgewählte Themenbereiche eingestiegen. Das Internet als Alltagsmedium und der Fußball als gesellschaftliche Massenbewegung sollten intensiver betrachtet werden. Auch, da gerade diese beiden Felder im Alltag sehr präsent sind und hier in den letzten Jahren sehr große Veränderungen stattfanden.

Zunächst gab es aber einen Überblick über die wesentlichen Akteure der Rechten bis hin zu den wirklich absurdesten Typen, die sich dort herumtreiben. Auch die Strategien und Aspekte der Kommunikation nach außen wurden betrachtet. Wir danken Andreas Speit für diesen Vortrag.

Daraufhin wurde der erste Schwerpunkt angegangen: Die Rechten im Internet und in sozialen Netzwerken. Zunächst mit einem wissenschaftlichen Vortrag von Kai Brinckmeier, der sich intensiv mit der Wirkung rechter Onlineaktivitäten innerhalb der Szene und nach außen beschäftigt hat. Dabei wurde klar, welche enorme Bedeutung das Netz für die Szene hat, da es eine einfache und effiziente Möglichkeit zur inneren und äußeren Kommunikation und Darstellung bietet. Aber auch, welche Grenzen damit verbunden sind. (Für ausführlichere Beschäftigung sei seine Dissertation: „Bewegung im Weltnetz“ empfohlen. Verfügbar in der Bibliothek des Zentrums für Antisemitismusforschung. 9.Etage im TEL)

Nach dieser intensiven Beschäftigung aus wissenschaftlicher Sicht, folgte Johannes Baldauf mit einem Beitrag aus der Praxis und speziell zu sozialen Netzwerken, in denen sich ja heutzutage ein Großteil der Onlineaktivitäten auch von Studis abspielt.

Es sollte natürlich nicht nur bei der Analyse bleiben und so gab Martin Ziegenha-

gen praktische Hilfe und Ansprechstationen, was und wie man etwas machen kann, wenn einem entsprechende Äußerungen oder Verhaltensweisen auffallen. Sei es im Verein, in der Uni, oder auch auf Arbeit. Dabei konnte er aus der praktischen Arbeit der Onlineberatung gegen Rechtsextremismus berichten.

Es folgte ein Sprung zu einem Thema, das näher an der Uni liegt, den studentischen Verbindungen und ihren Anknüpfungspunkten zur Rechten und deren Vorstellungen. Dazu kam Jörg Kronauer zu uns. Die Teilnahme von diversen Berliner Verbindungen im Publikum führte im Anschluss zu interessanten Einblicken in die Gedankenwelt dieser Gruppen. Mehr noch, als es der sehr interessante Vortrag in der vorhandenen Zeit leisten konnte.

Im folgenden Vortrag wurde von Oliver Cruzcampo über rechte Codes und Symboliken ein Überblick gegeben, denn heutzutage ist die Bomberjacke mit Springerstiefeln so gut wie nicht mehr anzutreffen. Vielmehr hat sich die rechte Szene äußerlich soweit angepasst, dass sie auch für Kenner teilweise nur noch schwer zu erkennen ist. Die meisten Nazis würde man auf der Straße nicht als solche erkennen. Dennoch gibt es Symboliken und Codes um sich gegenseitig innerhalb der Szene Botschaften und Zugehörigkeit zu vermitteln. Diese sind meist versteckt und bedürfen eines gewissen Vorwissens.

Der zweite Schwerpunkt umfasste dann Sport und Fußball. Hier gibt es große Anknüpfungsmöglichkeiten für Rechte.

Hierzu wurde die Ausstellung „Tatort Stadion 2“ des Bündnisses aktiver Fußballfans an die TU geholt. Dazu sprach Florian Schubert vom Bündnis, selbst aktiver Fan und sehr aufmerksam, was in seinem Sport so los ist, aus der Praxis der Bündnisarbeit gegen rechte Umtriebe in Stadien und den Fanszenen. Einen etwas anderen Blick vermittelte Thorsten Poppe aus journalistischer Sicht, ebenfalls Fußballfan. Beide waren sich einig darin, dass diese Anknüpfungen bewusst gesucht werden, aber auch einfach in der Struktur des Machismus im Fußball angelegt sind und dass einige Vereine ein massives Problem mit rechten Fanszenen haben. Aber nicht nur damit, sondern mit Diskriminierung allgemein. Nicht nur in Deutschland, sondern Europaweit, ist das ein nicht gern erkanntes Problem der Vereine und Verbände. Erste Ansätze zu Gegenbewegungen sind in einigen Vereinen getan. Teils erfolgreich, teils leider nicht. Fußball bleibt weiter ein



Sport mit Problemen in diesem

Bereich.

Andere Sportarten sollten nicht zu kurz kommen, auch wenn dort die Probleme mangels Anknüpfungsmöglichkeiten weniger ausgeprägt sind. Dazu konnte Michael Trube von der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus praktische Hilfen und Beispiele geben.

Da Nazis eben nicht nur dumme Springerstiefeltypen sind, sondern auch dort Leute mit Hochschulabschluss rumrennen und auch an Unis Nazis existieren, wurde sich auch diesem Thema gewidmet. Helmut Kellershohn informierte über die intellektuelle Rechte, deren Vordenkerrolle und Wirkung auf die Szene und darüber hinaus.

Natürlich darf auch bei so einem ernststen Thema nicht der Humor fehlen. Marc Brandstetter befasste sich also mit der Frage: „Darf man über Nazis lachen“. Mit der eindeutigen Antwort, Ja. Auch auf diese Weise kann man klarmachen, wie rechte Denkweisen arbeiten und wie absurd die Gedankenwelt dieser Menschen doch ist. Außerdem sollte nicht vergessen werden, dass Humor meist schärfer ist und die Menschen besser erreicht, als ein belehrender Vortrag.

Als Abschluss für alle Interessierten und die Organisatoren fand ein tolles Konzert mit drei wirklich guten Bands statt. Am Vorabend mehrerer Naziaufmärsche gleichzeitig auch eine weitere Möglichkeit zur Mobilisierung und Motivation sich gegen Nazis zu stellen. Die Gegendemos waren erfolgreich. Vielen Dank an alle, die dort waren.

Das Orgateam bedankt sich bei allen Referenten und Interessierten, sowie beim AstA für die Unterstützung. Die Diskussionen waren mindestens genauso interessant wie die Vorträge und Spaß hatten wir auch. Trotzdem werden wir wohl so bald nicht nochmal ein Projekt dieser Größenordnung stemmen. Dazu ist es dann doch recht viel Arbeit und wir haben auch noch andere Sachen vor.

Das ist keine Resignation, sondern eine Aufforderung an Euch, es uns nachzutun und selbst tätig zu werden. Es lohnt sich. (in echt jetzt)

Weitere Informationen zum Projekt findet ihr auf der Webseite unter: <https://eb104>.

Revolution war gestern

TU-Studis berichten aus dem postrevolutionären Kairo [Ende 2012]

Die »ägyptische Revolution« ist nicht nur in Europa zum Mythos geworden. Hier in Kairo kann man bereits »Tahrir Studies« studieren, und während sich die Parteien darum streiten, wer die wahrhaftigen Forderungen des Aufstands vertritt, wird die Revolution regelrecht vermarktet. Am Flughafen wird man von riesigen Tafeln begrüßt, auf denen eine Bank, ein Mobilfunkanbieter und die ägyptische Tourismusbehörde mit den »heldenhaften Taten des ägyptischen Volkes« und den Bildern Fahnen schwenkender Menschenmengen werben. In der Innenstadt werden ägyptische Flaggen und Reproduktionen des Straßenschildes vom Tahrir-Platz sowie diverse andere Revolutionsdevotionale verkauft, das Reisebüro »Revolution-Tours« bietet Führungen an. Sogar eine revolutionäre Sonderausgabe des Brettspiels Monopoly ist kürzlich erschienen und gibt wohl am ehesten die ägyptische Realität wieder.

Die Stadt ist ein Moloch. Über den von Fahrzeugen verstopften Straßen liegt Smog, der sich zu einer gigantischen schwarzen Wolke ballt. Im gesamten Ballungsraum, zu dem auch die Vororte Heliopolis, Nasr City und al-Giza zählen, leben nach verschiedenen Schätzungen zwischen 15 und 25 Millionen Menschen, Tendenz steigend. Fährt man mit dem Bus über die Ausfallstraße al-Ahram durch al-Giza zu den im Häusermeer der Stadt deplatziert wirkenden Pyramiden, so sieht man für eine halbe Stunde nichts als Wohnblöcke, von denen jedoch nur die wenigsten bewohnt sind. Die meisten verharren als teilweise mit roten Ziegeln aufgefüllte Stahlbetonskelette ungenutzt und unvollendet, während in den staubigen Sandwegen dazwischen die Wohnungslosen ihre Wellblechhütten und Pappkartonbauten errichtet haben. Al-Giza ist einer der Stadtteile, die am schwersten von den immer häufigeren Stromausfällen betroffen sind, was die Partei Sozialistische Volksallianz kürzlich veranlasste, zu einem Boykott der Stromrechnungen aufzurufen. Auch die Müllabfuhr und die Trinkwasserversorgung sind vielerorts mangelhaft, ein weiteres Beispiel für die fehlenden öffentlichen Investitionen, die Kairo zu einer failed megacity machen.

Die Erfahrung der gemeinsamen Demonstrationen, der Besetzungen, der Verteidigung gegen die Sicherheitskräfte während des Aufstands vor zwei Jahren teilen heute viele Menschen. Als nach dem Sturz des Diktators Hosni Mubarak der Militärrat (SCAF, Supreme Council of the Armed Forces) mit westlicher Unterstützung die Revolution für beendet erklärte und weitere Proteste brutal niederschlug, war es der Kampf gegen die Militärrherrschaft, für die Freilassung der Gefangenen und der vor ein Militärgericht gestellten Aktivisten und Bürger sowie die Verurteilung der Verantwortlichen, der die Protestierenden ein-

te. Ihre Forderungen sind bislang noch nicht erfüllt worden.

Die Revolution ist vorerst vorbei. Was bleibt, ist eine Vielzahl von Aktivitäten, die seit dem allgemeinen Aufruhr im Januar 2011 von neuen Bündnissen und Gruppen ausgehen und bei denen die Widersprüche in der Gesellschaft hervortreten. Am Straßenrand in Nasr City kann man Frauen beobachten, die Schilder tragen, auf denen Sprüche wie »Werft keinen Müll auf die Straße« und »Fahrt vorsichtig« stehen. Andere organisieren eine Demonstration gegen die verbreiteten sexuellen Übergriffe. In verschiedenen Gegenden Ägyptens blockieren Anwohner Fabriken, die die Umgebung verschmutzen. Studierende an privaten Hochschulen protestieren gegen die Erhöhung von Studiengebühren und vor dem Präsidentenpalast in Heliopolis verharren körperlich und geistig Behinderte, um gegen Diskriminierung und für mehr staatliche Hilfen zu demonstrieren.



Karim, Maschinenbaustudent an der staatlichen Ain-Shams-Universität, zeigt auf die Schauplätze vergangener Schlachten. In der Mouhamed-Mahmoud-Straße, am angrenzenden Campus der American University of Cairo, fanden einige der schwersten Auseinandersetzungen der SCAF-Ära statt.

»Wir waren schon süchtig nach Tränengas«, erinnert sich Karim, »das Problem hier ist, dass sie mit den Granaten aufs Gesicht zielen.« Die Mauer um den Campus ist zum künstlerischen Schaufenster der Revolution geworden, zum Zentrum einer neuen, politischen Graffiti-Bewegung. Vor einer Woche ließ die Regierung die Wand neu streichen – heute findet sich bereits kaum ein freier Platz mehr und die Motive sind zum Teil radikaler als zuvor. Die Künstler, die noch einen freien Fleck für ihre Botschaft gefunden haben, werden von Passanten umringt, angeregte Diskussionen finden statt. Ein Künstler, dessen Motiv an pharaonische Darstellungen erinnert, sagt: »Ägypten ist älter als Mubarak, Ägypten ist älter als der Islam. Die Zeit der Pharaonen war eine Zeit des Lichts und dahin müssen wir zurück.« Waren die Pharaonen nicht auch Diktatoren? »Wo gibt es denn echte Demokratie? Diktatur ist immer, irgendwie«, lautet die schlichte Antwort. Einige Polizisten bleiben in der Nähe, machen aber

keine Anstalten, die Gitter, die von den Verteidigern der Mauer aufgestellt worden sind, zu überqueren.

Neben Motiven, die Zensur, Korruption, die ägyptischen Staatsmedien und das Militär angreifen, finden sich vor allem Abbilder der »Märtyrer der Revolution«, die auch anderswo das Stadtbild prägen. Allein ihre Vielzahl entkräftet den Vorwurf des Personenkults. Es handelt sich wohl eher um eine Form der Trauerarbeit. »Fast alle von uns haben in den letzten beiden Jahren Freunde verloren«, erzählt Karim. Viele Graffiti tragen die Kürzel der Ultra-Fangruppen lokaler Vereine. »Die Ultras sind großartige Verbündete, wenn es zum Kampf kommt. Aber politisch würde ich mich nicht auf sie verlassen«, sagt Karim.

Die Querstraßen, die einst zum Innenministerium und dem Parlamentsgebäude führten, sind nun durch meterhoch gestapelte Betonquader versperrt. In der nächsten freien Straße befindet sich schließlich, flankiert von zwei Panzern, ein schmaler Zugang zu den Gebäuden. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite parken unzählige schwarze Laster, die wie Gefangenentransporter aussehen. Auf dem Bürgersteig sitzen drahtige, junge Männer in schwarzen Hemden und Hosen. Es sind Rekruten der Zentralen Sicherheitskräfte, die zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden. »Das sind arme Schlucker, die 400 Pfund (umgerechnet etwa 50 Euro) auf die Hand bekommen und dann hierher verschleppt werden, um gegen uns zu kämpfen. Sie haben keine Ahnung, worum es in den Konflikten geht, und bekommen selbst kaum genug zu essen«, sagt Karim.

Die Ain-Shams-Universität im Westen der Stadt ist mit rund 170 000 Studierenden die drittgrößte öffentliche Universität in Kairo. »Um hier zu studieren, muss man schon zu den Besten der Besten gehören«, sagt Alia, die wie Karim Bauingenieurwesen studiert. Wer es sich leisten kann, geht meist an eine der vielen privaten Hochschulen, die etwas mehr als die Hälfte der höheren Bildungseinrichtungen ausmachen. Dort zahlt man an einer Fachhochschule für Ingenieure rund 7 000 ägyptischen Pfund im Jahr, bis zu 150 000 Pfund für die renommierte American University of Cairo, wobei das ägyptische Durchschnittsjahreseinkommen bei 34 000 Pfund liegt. Um dem Andrang der Studienbewerber trotz ausbleibender Mittel nachzukommen, setzt man inzwischen auch hier auf Public-Private-Partnership und einige Kurse sind jetzt kostenpflichtig. Dass die gut ausgebildeten Jugendlichen ohne große Aufstiegschancen, aber ausgestattet mit dem Potential der neuen sozialen Medien, die treibende Kraft der Revolution gewesen sind, hat man ja schon oft gehört. Auch der Maschinenbaustudent Ismail sieht das so: »Die Studierenden waren das Rückgrat der Revolution.« Sein

Kommitone Hassam erzählt von Wael Ghonim, dem Gründer der Facebook-Seite »Wir sind alle Khaled Said«: »Er ist der Mann, der die Revolution begonnen hat«, sagt Hassam. Für den derzeit stattfindenden Streik der Universitätsangestellten haben nur die wenigsten Studierenden Verständnis. »Sie demonstrieren nur für ihre eigenen Interessen«, meint Doha. Ihnen wird vorgeworfen, ohnehin nicht gut zu arbeiten, zudem rechnen viele das Hochschulpersonal pauschal dem alten Regime zu.

Proteste und Streiks von Lohnabhängigen finden seit Februar 2011 in vielen Bereichen statt. Eine Kooperation von Studierenden, Mittelschicht und Arbeiterinnen und Arbeitern kommt dabei nur partiell zustande. Als die ersten Streiks im Februar 2011 ihren Höhepunkt erreichten, trat Mubarak zurück und die Besetzerinnen und Besetzer des Tahrir-Platzes erklärten die Besetzung für beendet. Mit der Gründung neuer, unabhängiger Gewerkschaften wurden die Arbeitskämpfe heftiger. Die Fahrer der in Kairo allgegenwärtigen Mikrobusse blockieren mit ihren Fahrzeugen Regierungsgebäude und Kreuzungen und bringen den ohnehin chaotischen Straßenverkehr endgültig zum Erliegen. Vor einer Woche stürmten Hunderte irregulär beschäftigte Landarbeiter das Ministerium für Landwirtschaft und forderten Arbeitsverträge. Auch Hafendarbeiter, Lehrer und Universitätsangestellte sowie weitere öffentliche Angestellte fordern Lohnerhöhungen und sichere Arbeitsverhältnisse. Verbreitete Forderungen sind außerdem die Erhöhung des seit 1986 stagnierenden Mindestlohns, das Ende der Privatisierungspolitik und die Anhebung der Subventionen für Nahrungsmittel und Brennstoffe. Und natürlich die ausstehende Reform des repressiven Gewerkschaftsgesetzes, welches die Existenz unabhängiger Gewerkschaften verbietet. Diese werden zwar derzeit geduldet, Regierung und Unternehmen können jedoch auf andere Mittel zur Schwächung der teilweise militanten Streiks zurückgreifen: fristlose Entlassungen, die Festnahme von »Aufrührern« und »Saboteuren« sowie das Einklagen von Gewinnausschlägen von der Belegschaft.

Neben der starken Beteiligung an den großen Protesten in der Innenstadt bringen auch die Studierenden ihre eigenen Forderungen vor, die wichtigste davon ist die Versammlungsfreiheit, insbesondere das Recht auf politische Meinungsäußerung und auf Demonstration auf dem Campus. Doch daraus ist bislang nichts geworden. Die Rechte der Studierenden und die Form ihrer Interessenvertretung regelt ein Gesetz. 2011 setzten revolutionäre Studentinnen und Studenten überall freie Wahlen für diese seit Jahren brachliegende Institution durch und stritten für eine Gesetzesänderung. Nach Angaben von Rama, die damals Vizepräsidentin der Revolutionären Studentenvertretung war, standen die Chancen nicht schlecht, den kollektiv erarbeiteten Entwurf für ein neues Gesetz durchzusetzen. Doch dann organisierten die mit der Muslimbruderschaft asso-

ziierten Studierenden aller ägyptischen Universitäten Demonstrationen, mit denen sie eine Neuwahl erzwangen. Während zahlreiche Gruppen zum Boykott aufriefen, konnten Islamisten wegen ihrer guten Vorbereitung eine absolute Mehrheit an den meisten Universitäten erlangen – bei einer Wahlbeteiligung, die nur ein Bruchteil des Vorjahres erreichte. Seitdem verhandeln Studierende mit einem Minister, der derselben Partei angehört wie sie, über die Gesetzesänderung. Andere Studierende beklagen sich über mangelnde Transparenz. Mit den hierarchischen Strukturen, die das alte Gesetz für die Organisation der Studierendenvertretung vorgibt, haben die neuen Studierendenvertreter offenbar kein Problem.

Diese Ereignisse seien symptomatisch, meint Aala, die Pharmazie studiert: **»Die Muslimbruderschaft versucht derzeit, alle gesellschaftlichen Bereiche zu dominieren.«** Denn die Ereignisse der vergangenen Jahre brachten nicht nur einen neuen Patriotismus, sondern auch eine neue Religiosität mit sich. Aala trägt ihr Kopftuch, wie einige ihrer Freundinnen, erst seit einem Jahr. »Auch wenn ich nicht an das Vorurteil glaube, dass Frauen wegen ihrer Kleidung selbst schuld sind, wenn sie sexuell angegriffen werden, fühle ich mich mit Kopftuch sicherer.«

Nicht nur überzeugte Säkularisten üben Kritik an den Muslimbrüdern. Seit diese im März erstmals in den Ruf des Militärrats nach einer »Rückkehr zur Normalität« und der Gewährleistung wirtschaftlicher Stabilität einstimmt und ihre Anhänger dazu aufriefen, nicht mehr an Demonstrationen teilzunehmen, ist für viele klar, das sie sich bereits erhofften, zur neuen Führungsmacht im Land zu werden: »Ohne das Militär kann man in Ägypten nicht regieren.«

Während der Militärrat seine Akzeptanz schnell verloren hat und die unübersehbaren Propagandaplakate von niemandem mehr so recht ernst genommen werden, ist offene Kritik am Militär als Institution eine Seltenheit. Die Armee zehrt bis heute von dem fraglichen Verdienst, mit ihrem Putsch im Jahre 1952 die nationale Unabhängigkeit Ägyptens hergestellt zu haben. Die Wahrnehmung Israels als permanenter Aggressor tut ihr übriges. Ausschlaggebend für die Loyalität dürfte aber letztlich die Tatsache sein, dass das Militär der größte Arbeitgeber im Land ist, gerade auch für die Ingenieure und Facharbeiter, deren Nachwuchs heute an den Universitäten studiert. Mubarak war bemüht, die unternehmerische Tätigkeit des Militärs zu fördern. Mit den Konzernen Arab Organization of Industry und National Service Products Organization wird dessen Besitzanteil an der Wirtschaft des Landes auf 30 bis 40 Prozent geschätzt, wobei die Produktpalette von Raketen und Panzern über Autos und Flugzeuge bis hin zu Industrieanlagen, Computern, Reinigungsmitteln und Getränken reicht. Außerdem ist es Betreiber zahlreicher Freizeiteinrichtungen, Krankenhäuser und Immobilien, zu denen zumindest höhere Militärangehörige einen privilegierten Zugang erhalten.



Zölle und Steuern muss das Militär nicht bezahlen und bei der Vergabe von Regierungsaufträgen wird es bevorzugt herangezogen.

Die Muslimbruderschaft verdankt ihre heutige Stärke dagegen vor allem ihrem sozialen Engagement. Mit Schulen und Krankenhäusern überall in Ägypten und als Betreiber von schätzungsweise 1000 von 5000 im Land registrierten NGOs konnte sie von der Schwäche des öffentlichen Sektors profitieren. Aufgrund ihrer erzwungenen Illegalität in der Vergangenheit hat die Muslimbruderschaft bislang noch keinen Status, der rechtlichen Grundlagen entspricht, und bleibt damit undurchsichtig. Die strenge Hierarchie der Vereinigung, in der die Anhänger etwa sieben Jahre brauchen, um die fünf Stufen bis zur Vollmitgliedschaft zu durchlaufen, stellt die demokratische Legitimation der eigenen »Partei für Freiheit und Gerechtigkeit« zusätzlich in Frage. Denn auch die Abgeordneten der Partei ebenso wie Präsident Mohammed Morsi sind den Weisungen der Führung verpflichtet, die sich vor allem aus wohlhabenden Unternehmern zusammensetzt, und zuvorderst dem Vorsitzenden Muhammad Badi'e.

Dass die Partei der Muslimbrüder nur bedingt für die Einlösung der revolutionären Forderungen steht, machte schon die Differenz der Namensgebung zum Slogan der Revolution – »Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit« – deutlich. Das politische Programm der Partei heißt »al-Nahda« (Renaissance), es wird um eine zeitgeistgemäße neoliberale Wirtschaftspolitik ergänzt. Für die Kampagne werben Plakate in der Stadt und einige Studenten tragen Buttons mit dem dazugehörigen Logo, zwei ineinander greifende Zahnräder, und dem Aufdruck »Be Productive«. Das entspricht dem Selbstbild vieler von ihnen. Der Glaube an dieses Modell der Entwicklung – Ägypten müsse nur konsequent marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen, um ebenso erfolgreich wie das beliebte Vorbild Deutschland zu sein – ist groß. Allerdings ist die Anhängerschaft der Muslimbrüder keineswegs homogen. In den vergangenen zwei Jahren erlebte sie bereits zwei Abspaltungen. Wenn die Partei weiterhin auf sozialstaatliche Zugeständnisse verzichtet, könnte das erneut passieren. Oder wie es der Straßenhändler Hassam es ausdrückt: »Es ging um Brot. Wir haben immer noch kein Brot. Wenn das so weiter geht, sage ich: In zehn Jahren ist wieder Revolution.« Ronny Kähse (Erstveröffentlicht *Jungle World* 43/2012)

Studis gegen hohe Mieten Für ein Recht auf Stadt

Wohnraum ist in unserer Gesellschaft eine Ware, die nur jenen zur Verfügung steht, die sie sich leisten können. Dabei brauchen wir ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum für alle.

Viele, die Wohnraum und Fläche besitzen, wollen durch hohe Mieten und Spekulation maximalen Profit erlangen. Für die Investmentfirmen, privatisierten und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Immobilienhaie zählt nur die Rendite.

Bund und Länder haben sich aus der Förderung sozialen Wohnungsbaus weitestgehend zurückgezogen und privatisieren zunehmend öffentlichen Wohnraum. Der Verzicht auf zusätzliche Steuereinnahmen und die Schuldenbremse verschärfen das Problem.

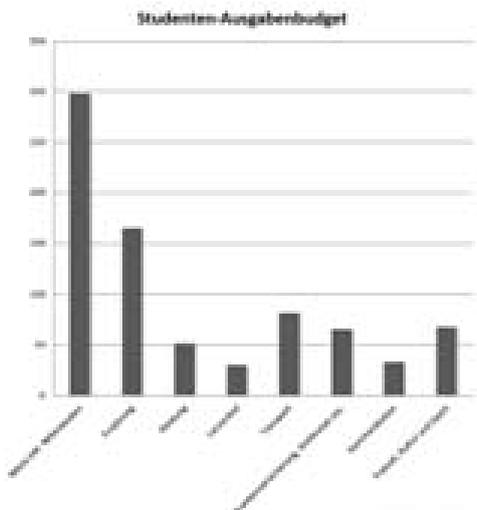
Leider waren die vergangenen Jahre von stetigen Verschlechterungen gekennzeichnet.

Bezahlbare Wohnungen in Innenstadt und Hochschulnähe werden knapp, der einzige relevante Wohnungsneubau findet nur noch im Luxusbereich statt und die Mittel für Mietzuschüsse gehen seit Jahren zurück. Dabei können durch verschiedene Instrumente, wie beispielsweise die Abschaffung der Schuldenbremse, die Umverteilung von Reichtum durch die Erhöhung der Erbschafts-, Vermögens- und Spitzensteuersatz Verbesserungen leicht finanziert werden. Auch aktuelle Wohnungsgesetze bieten mehrere Ansätze zur Reform im Sinne der Mieter_innen.

Studierende spielen auf dem Wohnungsmarkt eine spezielle Rolle. Auf der einen Seite sind sie attraktiv für Vermieter, da sie häufiger umziehen, wodurch die Mietspirale schnell nach oben gehen kann und die Wohnform „WG“ das Bezahlen einer höheren Miete erleichtert. Auf der anderen Seite sind viele Studierende auch selbst von Verdrängung betroffen, da auch sie zu den Geringverdienern gehören.

Entweder gehörst du zu den Leuten, de-

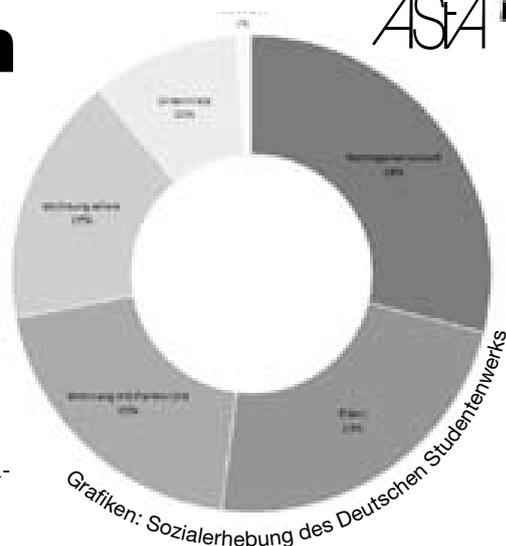
nen die Miethöhe egal sein kann oder du musst wie ein Großteil der Studierenden Angst vor der nächsten Mieterhöhung haben und bei einer Suche nach einer neuen WG mit über 100 Bewerber_innen in WG- Castings konkurrieren. Auch die steigende Anzahl der privaten Wohnheimplätze löst das Problem nicht, da die Mieten dort meist weit über der BAföG- Wohnungspauschale von 224 Euro liegen.



Gleichzeitig ziehen sich die Länder aus ihrer Verantwortung zurück und streichen den Studierendenwerken die Zuschüsse.

Die gleiche Problematik betrifft alle Menschen mit keinem oder geringem Einkommen. Eltern und Menschen mit Behinderung haben bei der Wohnungssuche zusätzliche Probleme. Dabei kann es bei einer Neuausrichtung des Wohnungsmarktes nicht darum gehen, einzelne Gesellschaftsgruppen gegeneinander auszuspielen.

In ganz Deutschland schließen sich Mieter_innen und Anwohner_innen zu Kiezinitiativen und Mieter*innenbündnissen zusammen oder starten Volksbegehren. Gemeinsam wollen wir eine Stadt, die für alle bezahl- und bewohnbar ist!



Deshalb for-

dern wir:

- gesicherte Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen in Hochschulnähe
- Neubau von mindestens zusätzlichen 25 000 Wohnheimplätzen und Schaffung eines Bund- Länder- Programms zur ausreichenden Wohnungsversorgung
- Erhöhung der finanziellen Förderung der Studierendenwerke durch Bund und Länder, unter anderem für Instandhaltung, Sanierung und Neubau von Wohnheimen
- Gewährleistung von bezahlbaren Übergangsunterkünften für Studierende noch in diesem Herbst!!
- Bereitstellung kommunalen Wohnraums, durch Neubau, Rückkauf und Rekommunalisierung von privatisierten Wohnungen und gesellschaftlicher Infrastruktur
- Stopp der gewerblichen Vermietung von Wohnraum für Ferienwohnungen
- keine Mieterhöhung bei Alt- und Neuverträgen
- mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Mieter_innen
- Verbot von Zwangsräumungen sofort!
- Ausbau des barrierefreien und familiengerechten Wohnraums
- Stopp der Verdrängung von sozial Schwachen aus den Innenstädten
- Abwicklung des Berliner Liegenschaftsfonds
- Verbot von spekulativem Leerstand

Eine gerechtere Stadt kommt nicht von allein. Deswegen wollen wir vom 4. – 8. November mit bundesweiten Aktionstagen auf die Probleme hinweisen und unsere Forderungen lautstark kundtun. Mach mit!

studisgegenhochemieten.blogspot.de



Unkommerziell Essen gehen

Außerhalb der Mensa preisgünstiges Essen zu bekommen wird in Berlin immer schwerer. Eine Auswahl regelmäßiger VoKüs (VolxKüche), die gutes Essen und Unterhaltung gegen geringe Spende bieten findet ihr auf stressfaktor.squat.net

Unitelefonnummern

vom Behördennetz 99411- | vom Berliner Ortsnetz 314- | TU-interne Auskunft wähle die 8

AStA TU-Berlin

Büro	-25683
Bafög-und Sozialberatung	-27482
Internationale Studi.	-27482
Hochschulberatung	-23960
Finanzreferat	-27806
Koordinationsbüro	-22989
Semesterticketbüro	-28038

Studentische Räume & Initiativen an der TU

Atomic	-21409
Café A	-21807
Chemie-INI	-26171
EB 104	-24423
Energieseminar	-25280
Fachschaft Bauing	-72083
Fachschaft Plangrün	-22439
Fachschaftsteam	-29442
Freitagsrunde	-21386

i-café	-73595
Ginut (Krit. Umweltschutz)	-29454
Mathe-INI	-21097
Nullstelle	-29390
Physik-INI	-22070
PlanWirtschaft	-28056
Projektrat	-28057
Projektwerkstätten TU	-73396
UTEX	-25803
Shila	-26369

Immatrikulations-Amt

Biotech, (Lebensmittel-) Chemie, Lehrämter Stadt/Regionalplanung, Tech. Umweltschutz	-21054
Baulng., BWL, EVT, E-Technik, Deutschkurs, Studienkolleg	-21055
Soziologie, Medienberatung, Berufspädagogik, Psychologie	-21056

Physik, PI, VWL, MaschBau, Promotion Infotech-Maschwesen, Zusatzstudium	-21057
Architektur, Gebäudetechnik, Geowissenschaft, Informatik, LaPla, (Techno/Wirtschafts-)Mathe, Tech. Informatik, Verkehrswesen	-21058

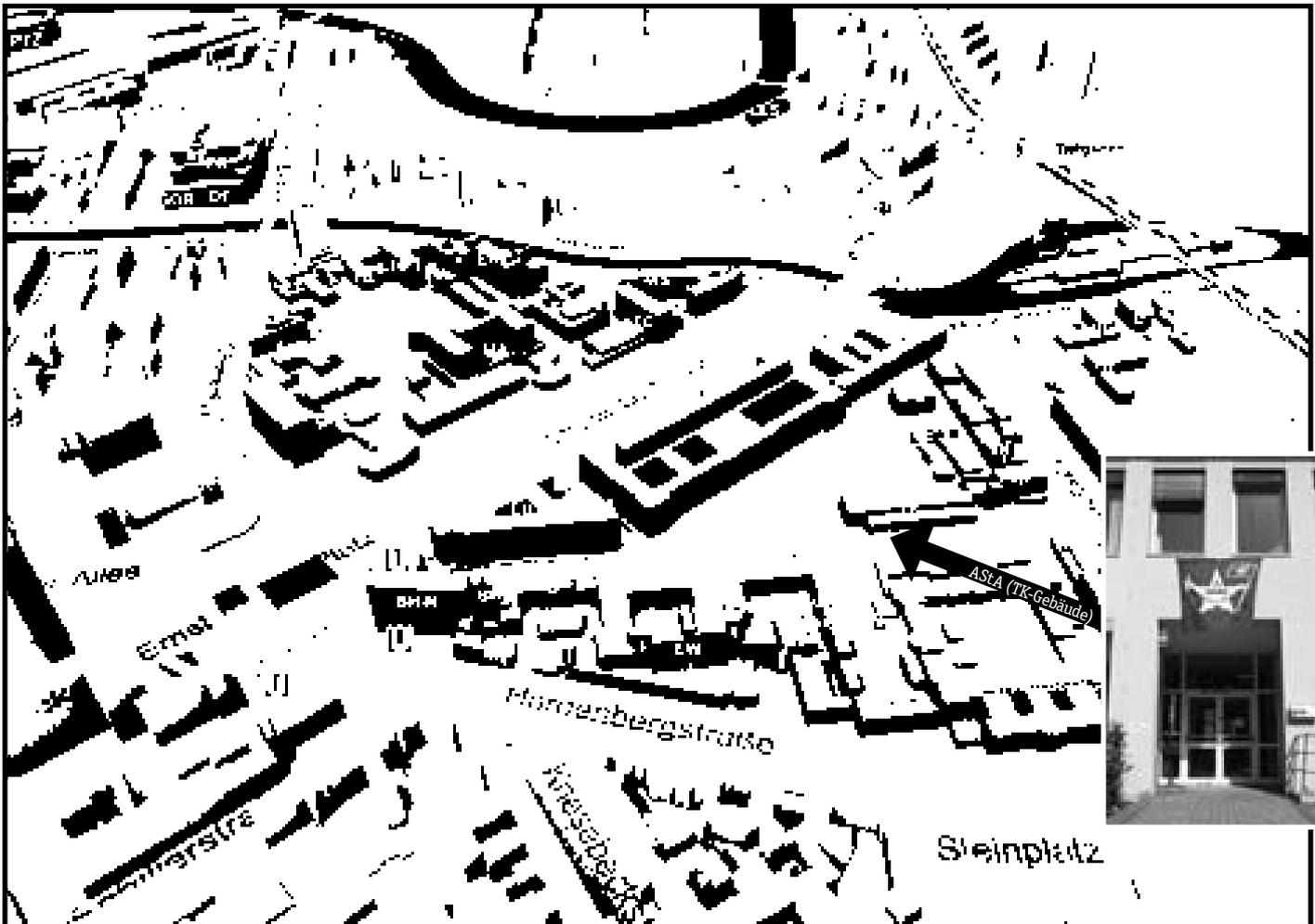
Prüfungsamt

Architektur, Gebäudetechnik, Informatik, Mathe, Technische Informatik	-22559
Baulng, PI, BWL, Geo, Infotech-Maschwesen, VWL, Wiing	-24971
EVT, Erziehungsw., Lehrämter, Medienberatung, Stadt- und Regionalplanung	-22513
Biotech., Brautech., E-Tech., Lebensmittel-Tech., Getränke-Tech, Hüttenw, Maschbau, Werkstoffwi.	

Physik, Soziologie, Tech. Umweltschutz, Techno/Wirtschaftsmathe, Verkehrswesen, Vermessungsw. Berufspäd, (Lebensmittel-) Chemie, LaPla, Magister, Psycho	-22509
--	--------

Sonstige

Allgemeine Studienberatung	-25606
Akademisches Auslandsamt	-24694
Betreuung inter. Studierender	-24359
Zentrale Frauenbeauftragte	-26032/-21439/-73468
Personalrat d. student. Beschäftigten der TU	-21724/-22351
Psychologische Beratung	-24875



Wo ist der AStA? Im TK-Gebäude auf dem Südcampus zwischen Hauptgebäude und Mensa.

Öffnungszeiten, Events, Tipps und Trix des Allgemeinen Studierendenausschuß unter:

www.asta.tu-berlin.de

twitter.com/astatu | flickr.com/astatu | youtube.com/astatuberlin | facebook.com/astatuberlin



astatu.blogspot.de



TERMINE WISE 2013

18.10.2013 | 20 Uhr | Campus
Partys zum Semesterstart

25.10.2013 | 11 Uhr | AStA
Brunch des Frauen*referats und Vollversammlung der Frauen*

04.-08.11.2013 | Studis gegen hohe Mieten
Bundesweiten Aktionstage gegen hohe Mieten

Dezember 2013
25 Jahre i-cafe



EB012 => Arbeits-, Seminar-, Ausstellungs- & Multifunktionsraum mit „Umsonstlädin“-Regal
ula.blogspot.de

EB013 => Gemeinschaftsbüro der TUB- Projektwerkstätten & tu-projects
www.projektwerkstaetten.tu-berlin.de

EB014 => Gemeinschaftsbüro Ingenieure ohne Grenzen, Jusos, Amnesty International
www.ingenieure-ohne-grenzen.org

EB015 => Food-Coop tu-ess <http://tu-ess.do-coop.net>

EB017 => Gemeinschaftslager, Kopier- & Bastelwerkstatt

EB018 => Küche, Café, Entspannungsraum, Plenarium

EB019 & EB020 => BTBTM türkische Studierendenverein www.btbtm.de

ASTA TU-BERLIN

Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin | TK-Gebäude
Aktuelle Öffnungszeiten unter asta.tu-berlin.de

Büro-Anlaufpunkt-Koordination
Tel. 314-25683 > bueero@asta.tu-berlin.de

Bafög- und Sozialberatung
Tel. 314-27482 > sozialberatung@asta.tu-berlin.de

Hochschulberatung
Tel. 314-23960 > hochschulberatung@asta.tu-berlin.de

Beratung für internationale Studierende
Tel. 314-27482 > stud-int@asta.tu-berlin.de

Finanzreferat
Tel. 314-27806 > finanzreferat@asta.tu-berlin.de

Technikpool - AStA Verleihservice
> technikpool@asta.tu-berlin.de

AStA-Bibliothek
> bibliothek@asta.tu-berlin.de

Semesterticket-Büro
TU-Hauptgebäude, Räume H 2131-33
Tel. 314-28038 & www.tu-berlin.de/stb

Koordinationsbüro
TU-Hauptgebäude, Raum H 2129
Tel. 314-22989 > ko-bueero@asta.tu-berlin.de

REFERATE

Sozialpolitikreferat
> sozialpolitik@asta.tu-berlin.de

Presse- und Öffentlichkeitsreferat
> presse@asta.tu-berlin.de

Hochschulpolitikreferat
> hopo@asta.tu-berlin.de

INI-Koordination und ErstsemesterInnen
> iniko@asta.tu-berlin.de

Gesellschafts- und Kulturkritik
> geku_kri@asta.tu-berlin.de

Bildungspolitikreferat
> bipo@asta.tu-berlin.de

Wissenschafts- und Technikkritik
> witek@asta.tu-berlin.de

Umwelt-Referat
> umwelt@asta.tu-berlin.de

Frauen-Referat
> frauenreferat@asta.tu-berlin.de

Queer-Referat myspace.com/queertu
> queer@asta.tu-berlin.de

Referat für Internationale Studierende
> internationales@asta.tu-berlin.de

IMPRESSUM

Das AStA-Info wird herausgegeben vom Allgemeinen Studierendenausschuß (AStA) an der Technischen Universität Berlin, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin | Mail: presse@asta.tu-berlin.de | Webadresse: www.asta.tu-berlin.de

Die Artikel geben nicht zwingend die Meinung des AStA wieder. Die Bildrechte verbleiben bei den FotografInnen.

Wenn Ihr Artikel für das AStA-Info schreiben wollt!, Anregungen und Kritik habt, meldet euch beim Öffentlichkeitsreferat des AStA: presse@asta.tu-berlin.de